ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

EURO 3,5

NATIONALE BEFREIUNGS-BEWEGUNGEN

HERBST 2006
NUMMER 49

ZAG





INHALT

ZAG NUMMER 49
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT 2006

EDITORIAL

SPÄT, SPÄT, SPÄT

Ja ... wir sind verdammt spät dran. Eigentlich ist diese Ausgabe schon längst raus – hatten wir uns doch einen unproblematischen Schwerpunkt für diese Ausgabe herausgesucht. Mal eben eine kleine Rundschau über die früher im Zentrum linker Wahrnehmung stehenden internationalen Widerstands- und Befreiungsbewegungen zusammenstellen und auf den aktuellen Stand der Diskussion zu Nationalismus und ähnlichen problematischen Inhalten abzuklopfen. Keine schwierige Sache – dachten wir. Die Realität sah anders aus. So wenig zu einem Beitrag sich berufen Fühlende, bei dermaßen vielen Anfragen sind Rekord! Da hatte unser Innenminister mit seiner Einladung zur Islamkonferenz doch deutlich mehr Erfolg und wenn jetzt noch das Papsttum in den Islam integriert wird, ist auch endlich die Voraussetzung für die Aufnahme in den Kreis der staatlich geförderten Irrglauben geschafft. Und weitere Erfolge dieses Ministeriums zeichnen sich bereits am Horizont ab. Die Hellseher vermelden für die im November anstehende Innenministerkonferenz zum Bleiberecht den fulminanten Durchbruch zu einer Koppelung an Arbeitsplatz und Selbstversorgung. »Das perlt doch wieder wunderbar« (Ditsche) – nix Arbeit, ab in den Flieger!
Ja und Abenteuertourismus der mörderischen Art beeinträchtigte im Sommer den deutschen Strandtourismus auf den Kanaren so empfindlich, dass sich die großen Medien im Sommerloch dieser Frage ausgiebig widmeten. Wer möchte schon morgens beim Strandspaziergang vor dem Frühstück auf schwerst unappetitlich aussehende Katastrophengestalten treffen – manchmal sogar einfach tot am Strand herumliegend. So kann das nicht weitergehen, weshalb die EU nun Spanien bei den entsprechenden Strandsanierungsmaßnahmen unter die Arme greift: Per Satellit die Küste überwachen, dann »präventiv eingreifen«, also: Mit voller Kraft im Schlepptau zurück auf offene See – Schiff ahoi!
Apropos Schiff. Auch die Hamburger haben sich von ihrer *Bibby Altona* getrennt und eine viel ästhetischere Variante gefunden. In Zukunft dürfen Flüchtlinge zur Landerholung in die blühenden Landschaften Mecklenburg-Vorpommerns nicht zu Horst, sondern nach Horst bei Nostorf. Ein Landstrich mit ehrlichen Einwohnern, die sich zu über sieben Prozent bei der letzten Landtagswahl entschlossen haben, das Original zu wählen und nicht die Imitationen von SPD, CDU oder Linkspartei. Wann sich die restlichen über 30 Prozent der bundesrepublikanischen Bevölkerung mit rechtsradikaler und faschistischer Einstellung zu diesem Schritt entschließen sollten, bleibt aber weiter unklar – da bleibt für Lafontaine noch viel Spielraum.
Vor diesem Hintergrund ist es hochinteressant, dass die inzwischen doch weiterhin vergebenen staatlichen Mittel für Projekte gegen Rechts von den erfreulich bürgernahen lokalen Verwaltungen verteilt werden sollen – bei inzwischen auch offen ersichtlicher absoluter Mehrheit brauner Brüder und Schwestern in national befreiten Zonen ein atemberaubender Aspekt. Welch wunderbare Ergebnisse da zu erwarten sind, zeigen auch zwei weitere phänomenale Ereignisse. So ist die Anklage auf Körperverletzung mit Todesfolge gegen die zuständigen Beamten beim Tod durch Verbrennen von Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau immer noch nicht zugelassen, hatten sie doch lediglich mehrmals den nervenden Feueralarm ab und die Schreie und Hilferufe übermittelnde Gegensprechanlage leiser gestellt. Auch die seltsamen Brüche der Handgelenke und des Nasenbeins bei Fesselung der Beine und Hände an den Zellenwänden waren wie die anderen Ungereimtheiten kein Anlass zum Grübeln. Da jetzt auch noch in Stuttgart die Antifa wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole verurteilt wurde, ist uns doch wieder schön demonstriert worden, wie politische Justiz so funktioniert – nach bestem Wissen und Gewissen.

Herzliche Grüße aus dem deutschen Herbst,
Eure ZAG

AKTUELL

ALLES OPFER

ZUR AUSSTELLUNG »ERZWUNGENE WEGE«

TANJA TUREG

Anfang August 2006 eröffnete im Berliner Kronprinzenpalais die Ausstellung *Erzwungene Wege.* Sie ist Teil der Bestrebungen der Vertriebenenverbände, zum einen die Geschichte der deutschen Vertriebenen in der öffentlichen Wahrnehmung zentral zu etablieren und zum anderen auf die Einrichtung eines *Zentrums gegen Vertreibungen* hinzuwirken. Entgegen der Beteuerungen der Veranstalter ist die Ausstellung genau das, was von den Vertriebenen-Verbänden zu erwarten gewesen war: revisionistisch und historisch ungenau.

Beginnend mit dem Völkermord an den Armeniern und mit dem Abkommen von Dayton 1995 endend, widmet sich die Ausstellung in chronologischer Weise europäischen Vertreibungen des 20. Jahrhunderts. Aufgrund dieses Aufbaus werden nationalsozialistische Germanisierungs- und Arisierungspolitik sowie die verschiedenen sowjetischen Vertreibungen mitunter auf denselben Tafeln behandelt. Analytisch gehen dabei die historischen Spezifika und Hintergründe beider Ereignisse verloren und auch allgemein spart die Ausstellung Analysen der jeweils besonderen historischen Umstände zugunsten phänomenologischer Gemeinsamkeiten aus. Dies führt zu einer einseitig gefärbten Oberflächlichkeit, die nicht zuletzt dort problematisch wird, wo unter dem Terminus »Lager« sowohl die Krankenlager des Roten Kreuzes, die sowjetischen Arbeitslager, alliierte Kriegsgefangenenlager als auch die Vernichtungs- und Konzentrationslager der Nationalsozialisten subsummiert werden.

Deutlich wird dabei, dass die Ausstellung – obgleich sie allen europäischen Vertreibungen gewidmet sein soll – hauptsächlich die deutschen Vertreibungen hervorhebt. Eine Entscheidung, die jedem Ausstellungskuratorium freisteht, die jedoch in diesem Zusammenhang und gepaart mit dem Anspruch, alle Vertreibungen zu behandeln, alle anderen dargestellten Schicksale in den Hintergrund treten und sie als zweitrangige Nebenschauplätze erscheinen lässt.

Auch die Rollen, die die verschiedenen deutschen Minderheiten vor und während des zweiten Weltkrieges hinsichtlich der Unterminierung der staatlichen Autorität beispielsweise der Tschechoslowakei einnahmen, bleiben dramatisch unterbelichtet. So berichtet eine Tafel, dass »Konrad Henlein und die Sudetendeutsche Partei die gesamte deutsche Minderheit diskreditierten«. Unerwähnt bleibt, dass die Sudetendeutsche Partei (SdP), der Nachfolger der schon damals verbotenen Sudetendeutschen Heimatfront (SHF), bereits bei den Gemeinderatswahlen 1938 mit einem an die NSDAP angelehnten Programm 91 Prozent der sudetendeutschen Stimmen bekam und somit keineswegs »die deutsche Minderheit diskreditierte«. Vielmehr trieb diese große Mehrheit der Sudetendeutschen, die also mit wenigen Ausnahmen Nationalsozialisten waren, in Kooperation mit der NSDAP die Sabotage der demokratischen Tschechoslowakei voran.

Ebenfalls wird das Münchner Abkommen von 1938, in dem die Tschechoslowakei

dazu verpflichtet wurde ihre deutschsprachigen Gebiete an das Deutsche Reich abzutreten, nur teilweise auf die Kriegsdrohung Hitlers und das Versagen der anderen Mächte zurückgeführt. Der erste Grund ist die angebliche Benachteiligung der deutschen Minderheit. Dass es nach dem Gebietsabtritt zu Pogromen gegen Tschechen kam, bleibt ebenfalls unerwähnt. Lediglich der Hinweis, dass sich die Deutschen in den Ostgebieten nach dem Krieg »keiner Schuld bewusst waren« findet sich auf einer der Tafeln.
Zum Abschluss findet sich unter der Überschrift *Die folgenden Völker wurden im 20. Jahrhundert vertrieben, verfolgt und entrechtet* eine alphabetische Liste mit schätzungsweise 80 Bevölkerungsgruppen. Bemerkenswert ist, dass es keine Spezifizierung der vertriebenen Gruppen und die Anlässe für die Vertreibungen gibt. »Deutsche« werden pauschal als Opfer von Verfolgung, Vertreibung und Entrechtung angeführt.
Der Ausstellung geht es weder um die genaue Darstellung besonderer Ereignisse, noch um historische Objektivität. Dass hier der Anschein der Objektivität bemüht wird, um schließlich die deutschen »Vertriebenen« als ebenbürtige Opfer in einem Jahrhundert der Vertreibungen zu präsentieren, ist eine Verharmlosung der deutschen Verbrechen und ebenso eine kalkulierte Respektlosigkeit gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Herrschaft. Dass im Kuratorium der Ausstellung nicht einmal genügend Einigkeit bestand, die deutsch-polnischen Grenzverträge von 1990 auszustellen, illustriert die grundsätzliche Ausrichtung der Ausstellung ebenfalls.
So schwierig, wie die Debatten im Vorfeld der Eröffnung waren, so angespannt scheinen sie sich fortzusetzen. Schon die Eröffnung wurde von Protesten linker Gruppen begleitet. Sie forderten, »Geschichtsrevisionismus zu bekämpfen und nicht auszustellen«. Mittlerweile kündigte die polnische Küstenwache an, ihre Leihgabe, die historische Glocke des Flüchtlingsschiffes *Wilhelm Gustloff* zurückzuziehen. Auch hochrangige polnische Politiker drückten ihr Missfallen aus. So sagte der Warschauer Bürgermeister Kazimierz Marcinkiewicz seinen geplanten Berlin-Besuch ab, während Polens Ministerpräsident Kaczynski die Ausstellung »sehr schlecht, sehr irritierend und sehr traurig« nannte. Er unterstrich, dass es von Bedeutung sei, daran zu erinnern, »wer Angreifer und wer Opfer war«. Die Ausstellungsmacher wollen genau diesen Unterschied verwischen. ‹›

DIE SICHERHEITS-WM IST VORBEI UND WEITER GEHTS

CHRISTIAN SCHRÖDER

»MIT UNSEREM SICHERHEITSKONZEPT HABEN WIR SUPER GELEGEN. ALLES IST TOLL AUFGEGANGEN.« SO SCHÄUBLE – EINE BILANZ DER SICHERSTEN WM DER WELT UND EIN AUSBLICK AUF AKTUELLE SICHERHEITSMASSNAHMEN

ALLES IST ERLAUBT

Was wurde im Vorfeld der WM nicht alles befürchtet: tausende randalierende Hooliganhorden, die deutsche Städte verwüsten und PolizistInnen niedermetzeln, Terroranschläge auf »unsere« Mannschaft und vieles mehr. Doch es blieb erstaunlich ruhig: Fußball, Feiern, Fan-Sein und Fahneschwenken standen im Vordergrund. Uniformierte waren zwar allgegenwärtig, doch waren sie meist mehr an den Spielbegegnungen interessiert als an betrunken feiernden Fans. Alles war erlaubt im Rauschebad der Nationalgefühle: Außenminister und Lebemann Frank-Walter Steinmeyer tanzte heiße Sambarhythmen, Angela Merkel entdeckte ihre große Leidenschaft für den Fußballkaiser und Männerbeine. Fußball- und Deutschlandfan Schäuble konnte nicht, wie viele seiner Kollegen sein Dienstfahrzeug, einen Rollstuhl, »schwarz-rot-geil« (BILD) beflaggen, obwohl er es gern getan hätte, weil es der Polizei verboten war und er »ihr oberster Dienstherr« ist.
Die Große Koalition nutzte die WM, um sich selber richtig warm zu spielen. War sie zu Beginn ihrer Amtszeit noch recht ruhig, treibt sie inzwischen in einem atemberaubenden Tempo den Ausbau des Sicherheitsstaates und den Abbau von Bürgerrechten voran. Die Fußball-WM diente als Experimentierfeld, um eine neue Sicherheitsarchitektur zu etablieren. Sicherheitshardliner fühlen sich durch die WM bestätigt: Dass nichts passiert ist, verbuchen sie als Erfolg, und zugleich gab es kaum Widerstand gegen das »Nationale Sicherheitskonzept«. Entsprechend siegessicher zogen alle Beteiligten medienwirksam ihre positive WM-Bilanz. Und mit den fehlgeschlagenen Kofferbombenanschlägen auf zwei Regionalzüge und dem vermeintlichen Anschlag auf britische Passagiermaschinen (was daraus geworden ist, erfährt man inzwischen nicht mehr), bekam die Sicherheitsdiskussion eine weitere Dynamik. Seitdem überbieten sich Sicherheitsexperten und Politiker mit ritualisierten neuen und alten Forderungen. Ob die Vorschläge geeignet sind, die Gefahr von Anschlägen zu reduzieren, wird dabei genauso wenig debattiert wie Ursachen und Bürgerrechte.

DIE SICHERHEITSMANNSCHAFT

Aufgestellt zur WM war eine bisher einmalige Mannschaft von 250.000 PolizistInnen der Länder und des Bundes. Hinzu kamen 570 ausländische Polizeikräfte aus 13 europäischen Staaten. 320 halfen mit bei der Manndeckung der ausländischen Fans. Der Rest unterstützte in Zivil etwa die Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) in Neuss. Damit war die WM der bisher größte internationale Polizeieinsatz in der EU. Unterstützt wurde das Polizeiteam von zehntausenden MitarbeiterInnen privater Sicherheitsdienste in den Stadien und auf den Fanfesten, von 7.000 SoldatInnen sowie einer wie immer unbekannten Anzahl von Angehörigen der Geheimdienste.
Das Endergebnis: Laut Innenministerien wurden bundesweit 7.212 WM-bezogene Straftaten registriert, darunter 1.849 Körperverletzungen. Auf dem Oktoberfest werden mehr Delikte mit »Wiesn-Bezug« (Körperverletzung und sexuelle Belästigung) gemeldet.

DIE FANS UND DER HOOLIGANISMUS

Bereits im Vorfeld des Turniers hatte die Polizei Präventionsmaßnahmen ergriffen. Zum Einsatz kamen zahlreiche Instrumente: Europaweit wurde 8.000 »gewaltbereiten« Fußballfans die Einreise verwehrt, die Hälfte davon allein in England. An den Grenzen wurden 436.000 Personen kontrolliert und 370 abgewiesen. In Deutschland hat die Polizei 15.000 »Angehörige« der Hooliganszene zuhause oder am Arbeitsplatz besucht und ihnen Auflagen erteilt. 450 Mal allein in Berlin. 40 Hooligans wurde verboten, auf die Fanmeile und ins Stadion zu gehen.

Schnellverfahren und der internationale Austausch über die Fanszene und szenekundiger Beamter taten ihr Übriges.
Zu nennenswerten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und angetrunkenen Fans kam es allenfalls in Dortmund, Frankfurt am Main, Stuttgart und Köln. Die Polizei ging dabei alles andere als zimperlich oder deeskalierend vor – Null-Toleranz war angesagt. Der Stuttgarter Polizeieinsatzleiter Michael Kühner ließ die englischen Fans wissen, dass »aggressives Trinken, Gewalttätigkeiten und Pöbeleien im Ansatz« durch konsequentes Einschreiten verhindert würden. Nach Angaben des Grundrechtekomitees, dass in Dortmund und Köln beobachtend vor Ort war, soll die Situation dort erst nach der polizeilichen Einkesselung eskaliert sein. Auch von der »vorbeugenden Sicherheitsverwahrung« hat die Polizei regen Gebrauch gemacht: Über 9.000 Menschen wurden festgenommen, die meisten präventiv, ohne etwas begangen zu haben. Für NRW spricht das Grundrechtekomitee von 60 Prozent Festnahmen Unbeteiligter.

Eintrittskarten mit Zukunftstechnik

Wie kaum ein anderes Sicherheitsthema erhitzte die Personalisierung der WM-Tickets durch die umfangreiche Datenabfrage und die Ausstattung mit RFID-Chips die Gemüter. Nach der vielen Kritik im Vorfeld und der Panne mit den nicht-personalisierten VIP-Tickets wurde die Identität der TicketinhaberInnen am Stadioneingang nur stichprobenartig geprüft. Das Auslesen der Chips mit Lesegeräten und der Abgleich mit dem Ausweis hätte zu nicht mehr beherrschbaren Warteschlangen geführt. Im Massentest ist die Anwendung der RFID-Technik laut Chaos Computer Club (CCC) gescheitert. Die Kontrolle der Personendaten am Stadioneingang erwies sich rein organisatorisch als nicht durchführbar. Laut FIFA-Präsident Sepp Blatter wurden nur bei rund einem Prozent der StadionbesucherInnen die Personalien kontrolliert. Auch der Handel mit den Tickets, den die FIFA wohl mit der Technik hauptsächlich unterbinden wollte, florierte kräftig. Dennoch steht der RFID-Technik eine goldene Zukunft bevor. Trotz oder gerade wegen dieses Scheiterns beschloss die Bundesregierung weitere Millionen Euro in die RFID-Forschung zu stecken. Die scheint es auch bitter nötig zu haben. Denn schließlich enthalten alle neu ausgestellten elektronischen Reisepässe (ePass) in Deutschland seit November 2005 einen RFID-Funkchip, auf dem die biometrische Daten der Gesichtsmerkmale der TrägerInnen gespeichert sind. Ab 2007 sollen die beiden Zeigefingerabdrücke hinzukommen. Die Grenzkontrollen sollen bis 2008 mit Lesegeräten ausgestattet werden, Reisende künftig mit einer Kamera erfasst und automatisch mit den auf dem Pass gespeicherten Gesichtsmerkmalen abgeglichen werden. Nach dem ePass kommt ab 2008 auch der elektronische Personalausweis. Dabei ist die automatisierte Gesichtserkennung zur Zeit noch sehr fehleranfällig. In Tests lag die Fehlerquote bei bis zu 25 Prozent. Der CCC warnt schon vor einem Technikdesaster im Stil von Toll Collect. Dass der ePass, trotz gegenteiliger Behauptungen des Innenministeriums, keinen »effektiven Zugriffschutz« bietet, der verhindert, dass die persönlichen Daten von »Unbefugten« ausgelesen werden können, bewies der Hildesheimer Computerexperte Lukas Grunwald. Anfang August knackte er den Chip und kopiert die hinterlegten Daten in ein anderes elektronisches Ausweisdokument. Dem Siegeszug der RFID-Technik steht dennoch nichts mehr im Wege: auf EU-Ebene macht eine starke Lobby Druck, denn viele Großunternehmen sind an dieser Technik nach wie vor sehr interessiert.

Bundeswehr am Ball und in Reserve

Laut Verteidigungsminister Jung waren über 2.000 SoldatInnen und zivile MitarbeiterInnen der Bundeswehr während der WM im Spieleinsatz. 5.000 hielten sich auf der Reservebank rund um die Uhr in Bereitschaft, um bei einem »Großschadensereignis« einspringen zu können. NATO-Aufklärungsflugzeuge (AWACS) haben in Zusammenarbeit mit der Luftwaffe Tag und Nacht den Himmel überwacht. Die Truppe habe »die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr überzeugend unter Beweis gestellt« (Jung). Jetzt wird, und das war absehbar, erneut über den Inlandseinsatz der Bundeswehr debattiert. Seit Mitte Juni geistert der Entwurf des neuen *Weißbuchs zur Sicherheit Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr* in Berlin herum. In diesem Grundlagendokument zur außen- und militärpolitischen Ausrichtung Deutschlands werden der Verteidigungsbegriff endgültig nach innen und das Aufgabenspektrum der Bundeswehr entsprechend ausgeweitet.

Videoüberwachung im Wandel

Das FIFA-Spektakel 2006 ist vorbei – geblieben sind die zahlreiche Videokameras, die auf- und nicht wieder abgehangen wurden. Die erfolgreiche Videoüberwachung bei der WM und die Terroranschläge in den letzten Jahren haben zu einer breiten Akzeptanz der Technik in der Bevölkerung geführt. Bemerkenswert ist dabei, dass ein Wandel in der Begründung stattgefunden hat. Bei der Einführung der Videoüberwachung wurde mit dem Präventivcharakter der Maßnahmen argumentiert. Nachdem mehrere Studien festgestellt haben, dass Kameras keine Präventivfunktion haben, geht es heute darum, nach einer Tat Aufklärungs- und Beweismaterial zu haben. Die Ermittlungserfolge nach Anschlägen in London und den »Kofferbombern« in Deutschland haben ihren Teil dazu beigetragen. Die Ausweitung der Kameraüberwachung ist seitdem beschlossene Sache. Deutschland habe einen »riesigen Nachholbedarf bei Überwachungskameras« (Der Spiegel), denn im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie Großbritannien oder Frankreich ist die Überwachung per Kamera noch geringfügig.

Otto-Katalog III und Antiterrordatei

Bei der WM gab es – zum Glück – keinen terroristischen Anschlag. Dennoch warnt Schäuble davor, den friedlichen Verlauf der WM als Indiz dafür anzusehen, dass sich die Bedrohungslage insgesamt verringert habe: »Deutschland bleibt weiterhin Teil eines Bedrohungsraumes«.
Zwei Tage vor dem Finale einigte sich die Bundesregierung auf das *Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz*. Es soll noch im Herbst beschlossen werden und zum Jahreswechsel in Kraft treten. Hinter diesem bürokratischen Wortungetüm verbirgt sich eine Verlängerung der nach dem 11. September 2001 eingeführten Sicherheitsgesetze, auch *Otto-Katalog I und II* genannt. Diese waren teilweise auf fünf Jahre befristetet und laufen jetzt aus. Eine von der Bundesregierung selbst durchgeführte »Evaluation« habe ergeben, dass sich die Gesetze bewährt hätten und verbessert, sprich: ausgebaut werden müssten. Neben der Verlängerung um weitere fünf Jahre werden die Befugnisse der Geheimdienste ausgeweitet, deren Datensammlung weiter vereinfacht und Auskunftsrechte erweitert.
Im Sommer einigten sich die Bundes- und Landesinnenminister nach jahrelangem Streit auf einer Sonderkonferenz auf den Aufbau einer zentralen »Antiterrordatei«, die dieses Jahr beschlossen und im März 2007 funktionsfähig sein soll. Auch eine weitere Verschärfung des Ausländerrechts ist schon in Arbeit. Neben persönlichen Daten Verdächtiger sollen auch Informationen über Bank-, Telefon- und Internetverbindungen, Führerschein

und ihre einschlägigen Kontaktpersonen erfasst werden. Neben diesen »Grunddaten« werden dann so genannte »erweiterte Grunddaten« erfasst: Beruf, Familienstand, Religionszugehörigkeit und Angaben über beispielsweise Waffenbesitz oder Aufenthalt in »terroristischen Ausbildungslagern« und so weiter. Auch Unternehmen und Stiftungen mit angeblichen Terrorverbindungen sollen gespeichert werden. Die »Antiterrordatenbank«, die ursprünglich nur für »Islamisten« geplant war, soll jetzt links- und rechtsextremistische Terrorverdächtige erfassen. Polizei, Geheimdienste, Verfassungsschutz und Zollkriminalamt haben Zugriff auf die vom BKA geführte verdachtsabhängige Datenbank und können Daten abrufen oder einstellen. Die neue Datei fungiert im Entwurf zum nett klingenden *Gemeinsame-Dateien-Gesetz* offiziell als »intelligente Kombination einer Index- und Volltextlösung«. Grundsätzlich sind »nur« die Grunddaten einsehbar, auf Anfrage einer Sicherheitsbehörde wird der komplette Datensatz offen gelegt. Im »Eilfall« wird die Datenbank komplett frei geschaltet. Daneben wird auch die befristete, projektbezogene Datensammlung von Polizeien und Nachrichtendiensten möglich, wenn sie Arbeitsgruppen im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum bilden. Diese Tabubrüche heben die verfassungsrechtliche Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten, die sich lange gegen die Verwendung der »vertraulichen Daten« gesträubt haben, weiter auf.

DIE NÄCHSTEN GROSSEREIGNISSE WARTEN

Eine solche Sicherheitsbilanz lässt sich sehen. Ein »Evaluationsbericht« des Innenministeriums soll die WM-Sicherheitsergebnisse zusammenfassen und an die Ausrichter der Europameisterschaft 2008 und der WM 2010 in Südafrika weitergeben. Österreich und Schweiz haben angekündigt, das deutsche Sicherheitskonzept für die EURO 2008 zu übernehmen. Auch die Vorbereitungen auf das nächste Großereignis in Deutschland, den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm, laufen auf Hochtouren. Eine erste Trainingseinheit absolvierte die Polizei im Juli beim Bush-Besuch in Angela Merkels Heimatort Stralsund und in Heiligendamm. Auch das Polizeigesetz in Mecklenburg-Vorpommern ist bereits im Februar diesen Jahres gipfeltauglich gemacht worden: Mit der erweiterten Videoüberwachung, der vereinfachten Telefon- und Wohnraumüberwachung, dem Lesesystem für Autokennzeichen, zwangsweise Blutentnahme, Datenaustausch mit in- und ausländischen Sicherheitsbehörden und Ausweitung der Rasterfahndung soll dieses »Event« für die acht wichtigsten Staatschefs sicher über die Bühne gehen. Zum Schluss noch eine genugtuende Nachricht für alle, die das Fahnenschwenken eher bedrohlich denn berauschend fanden: Die fünf Millionen Deutschlandflaggen sind laut deutschen Abfallrecht Sondermüll. Vielleicht wollte die Bildzeitung deshalb, dass sie hängen bleiben... ‹›

DIE ARBEITER HABEN KEIN VATERLAND

ALBAN WERNER, ZAG

MAN KANN IHNEN NICHT NEHMEN, WAS SIE NICHT HABEN

Im Jahr der Fußball-WM auf bundesrepublikanischem Territorium blieb auch die deutsche Linke von den Aufwallungen des beflaggten »Neo-Patriotismus« (einige würden darauf bestehen: Nationalismus) nicht verschont.

Die Reaktionen blieben jedoch recht unterschiedlich und kaum miteinander zu versöhnen. Stattdessen finden wir die ProtagonistInnen der unterschiedlichen Strömungen an den verschiedenen Polen wieder, zwischen denen eine Vermittlung kaum möglich, vielleicht auch gar nicht sinnvoll erscheint.

In der einen Ecke der breite Mainstream derer, die sich als »links« etikettieren, sich – wie die meisten anderen auch – die Fußballspiele im Fernsehen anschauen, es ärgerlich finden, dass anfangs die NPD sich das Thema zunutze machen will (und daher das Auftreten von Franz Müntefering und Günther Beckstein bei einer staats-antifaschistischen Demo begrüßen). Die Aufregung um den neu entdeckten Patriotismus finden sie vielleicht überflüssig, schwenken die schwarz-rotgoldene Fahne, ohne sich konzeptionell allzu große Gedanken zu machen.

Für Julia Bonk und ihre AnhängerInnen eine eher ekelerregende Vorstellung – die deutsche Fahne schwenken und Frieden schließen mit dem Vaterland? No way!

Die junge parteilose Abgeordnete in der Linksfraktion des sächsischen Landtags (seit 2004) startete zur Zeit der Weltmeisterschaft eine Aktion, mit der sie überraschend – und nicht zur Freude ihrer FraktionsgenossInnen – öffentlich Aufsehen erregte: Von ihr und der Jungen Linken. PDS Sachsen erging der Aufruf, deutsche Fahnen einzusammeln und gegen Anti-Nazi-T-Shirts einzutauschen. Der Aufschrei aus den Reihen der Linkspartei ließ nicht lange auf sich warten, einige der Linke-PDS-Funktionäre meinten gar, Genossin Bonk habe sich als Mandatsträgerin komplett diskreditiert. Dass sich mit Bonk und dem Jugendverband der sächsischen Linkspartei.PDS zwei parteigebundene beziehungsweise parteinahe AkteurInnen gegen den »Deutschlandhype« stellen, ist zumindest innerhalb der parteipolitischen Linken ein Novum. Dezidiert anti-nationale Positionen blieben in Deutschland zumeist Gruppen vorbehalten, die sich im außer- oder gar antiparlamentarischen Raum bewegen, denen aber gerade wegen ihrer Marginalisierung in der politischen Öffentlichkeit kaum Gehör geschenkt wurde.

Nicht unbedingt weniger schrill halten es einige anti-imperialistische Strömungen der deutschen Linken, für die stellvertretend Jürgen Elsässer von der *Jungen Welt* in den Zeugenstand gerufen werden kann. In seinem jüngst dort veröffentlichten Manifest praktiziert Elsässer nicht nur einen Rundumschlag gegen die Vereinigten Staaten, Israel und die seiner Meinung nach in der Fußstapfen der »Neocons« tretenden »Antideutschen«, sondern postuliert auch eine Vereinnahmung des Nationalismus durch die Linke. Schließlich sei doch an

beflaggten, grölenden deutschen Fußballfans wenig Erschreckendes gewesen? Schon im letzten Jahr hatte Elsässer den bisher vermeintlich granitfesten anti-nationalistischen Konsens der Linken aufbrechen wollen, als er in einer hitzigen Debatte mit Bernhard Schmid zumindest die punktuelle Zusammenarbeit mit knallharten Vaterlandsverteidigern wie Jean-Marie Le Pen und seinem *Front National* als legitimes »machiavellistisches Instrument« der Linken anempfahl; damals ging es darum, die EU-Verfassung zu verhindern. Auf die für viele Linke skandalösen Äußerungen Oskar Lafontaines zu sogenannten »Fremdarbeitern« reagierte Elsässer sogar emphatisch und regte an, die »neue Inländerfreundlichkeit« oben auf die linke Agenda zu stellen.

Gewissermaßen kann die Auseinandersetzung von Linken mit der Nation auf den von Elsässer ins Spiel gebrachten Machiavelli zurückgeführt werden. Endet dessen weltberühmtes Manifest *Der Fürst* doch bekanntlich mit dem Aufruf an die Medici, Italien zu einen, um es von den Barbaren zu befreien, so ist dies nicht unvereinbar mit der Parteinahme des Autoren für die arbeitenden Klassen von Florenz, die in anderen seiner Schriften zum Ausdruck kommt. Zu einem Zeitpunkt, an dem Italien tatsächlich von sich gegenseitig bekriegenden Stadtstaaten (inklusive nicht weniger martialisch agierenden Päpsten) konstituiert wurde, erscheint eine nationale Einigung nicht im selbe Maße reaktionär, wie Ähnliches auf heutige Linke den Eindruck machen müsste. Dennoch betrachten wir hier etwas Anderes als die Nationalismus-Auferstehungs-Phantasien des Jürgen Elsässer.

Dass Nationen keine gott- oder naturgegebenen Entitäten sind, sondern »vorgestellte« Gemeinschaften, deren Traditionen häufiger auf Fiktionen als auf authentischer Geschichte beruhen, mag für manchen CSU-Parteigänger selbst heute schwer zu schlucken sein, für viele Köpfe der ArbeiterInnenbewegung hingegen schon im 19. Jahrhundert ausgemachte Sache. Karl Marx und Friedrich Engels provozierten das Bürgertum mit der These, die Arbeiter hätten kein Vaterland: »Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben«.

Sehr wohl aber kann man ihnen ihre Lohnarbeit wegnehmen – wobei den patriotischen Politikern und Gewerkschaftsführern nichts anderes einfällt, als die so agierenden Unternehmen als »vaterlandslose Gesellen« zu denunzieren.

Dieser Affront sollte ursprünglich die Arbeiterbewegung, insbesondere die Sozialdemokratie daselbst treffen, um sie als Staats- beziehungsweise Nationenfeinde zu brandmarken. Dass dieser Vorwurf oft das Einzige ist, mit dem sich die Sozialdemokratie gegen kapitalistische Krisenerscheinungen meint wehren zu können beziehungsweise zu wollen, ist nur auf den ersten Blick Ironie der Geschichte. Denn als sie sich von diesem eng anhaftenden Vorwurf reinigen wollten, ließen sich auch die Sozis zu Beginn des 20. Jahrhunderts von aufkeimenden Nationalismus im »imperialen Zeitalter« vereinnahmen und bewilligten die notwendigen Kredite für den ersten Weltkrieg. So wurde die Hinwendung der Arbeiterparteien zum Nationalismus der imperialistischen Mächte zur Triebfeder der Spaltung der ArbeiterInnenbewegung.

Es wäre vorschnell, die deutsche Erfahrung zu verallgemeinern als »Emanzipations-TÜV« und alle patriotischen Bekenntnisse fortschrittlicher Kräfte über den selben Kamm zu scheren. Widersprüchlicher und mit durchaus von links anschlussfähigen Potentialen vermengt erscheint beispielsweise die Geschichte des aus der »Résistance« gegen den Faschismus hervorgegangenen republikanischen Blocks in Frankreich, der die »Grande Nation« nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine Grundlage stellte, die durchaus als Plattform für den Aufbau einer anderen, radikaldemokratischeren Gesellschaft hätte dienen können (ähnliche Erfahrungen machten die ItalienerInnen). Die Schattenseite dieser Entwicklung fand sich jedoch in der fortdauernden Kolonisierung der maghrebinischen Länder, deren Unabhängigkeit erst durch erbitterten Widerstand auch gegen das nun republikanische Frankreich erkämpft werden musste.

Dennoch postulieren auch des Flirts mit völkischen Demagogen à la Le Pen unverdächtige, bewegungserfahrene Köpfe der Linken wie der Post-Marxist Ernesto Laclau auch heute, »die Nation nicht den Rechten zu überlassen«, sprich sie nicht als per se reaktionäres Gebilde abzulehnen, sondern sie stattdessen mit fortschrittlichem Gehalt aufzuladen, um sie gegen die Rechte mobilisieren zu können.

Der Reiz einer solchen Strategie mag – angesichts gerade oben aufgeführten Erfahrungen – darin liegen, das wesentliche Terrain, auf das Nationalismen schließlich immer rekurrieren können, für diese unbrauchbar zu machen. Es müsste dabei gleichsam eine neue, links besetze »Erzählung« geschaffen werden, hinter die politische AkteurInnen nur bei Strafe des Untergangs zurück können.

So sehr diese Strategie sich momentan für einige Fraktionen der lateinamerikanischen Linken auszuzahlen scheint – man denke nur an die »bolivarische Revolution« des Hugo Chavez oder das an die Identität und Autonomie-Wünsche der Indigenen appellierende Projekt von Evo Morales in Bolivien – so wenig scheint sie für die Bundesrepublik brauchbar, deren antifaschistischer Gründungsimpuls schon nach wenigen Jahren ausgezehrt war. Aus der Hand, die verdorren sollte, wenn jemals wieder Krieg von deutschem Boden ausging (Franz-Josef Strauß), wurde allzu schnell die Hand des Militärsministers Konrad Adenauers.

Eine fortschrittliche Besetzung des »Nationen«-Begriffs, der sich weder auf der Folie der Abgrenzung von anderen Nationen oder Ethnien bildet, noch auf Wunschträumen politischer Vorherrschaft, ist von Anfang eine sehr prekäre Angelegenheit. Solange es keine historischen Anknüpfungspunkte für ein solches Vorhaben gibt, ist die Linke besser beraten, ihre Hegemoniebestrebungen auf eine andere Grundlage zu stellen. »Es macht uns keine Nation nicht satt, die schafft kein Essen her«, könnte man diese Überlegung abschließen. In der Zwischenzeit sollte zumindest für die deutsche Linke die Nation wieder in die Mottenkiste verschwinden, aus der Jürgen Elsässer und andere sie gerade hervorgeholt haben. ‹›

ABSAGE DER DRITTE TRANSNATIONALE AKTIONSTAG FÜR MIGRATION

JANA SEPPELT, ZAG

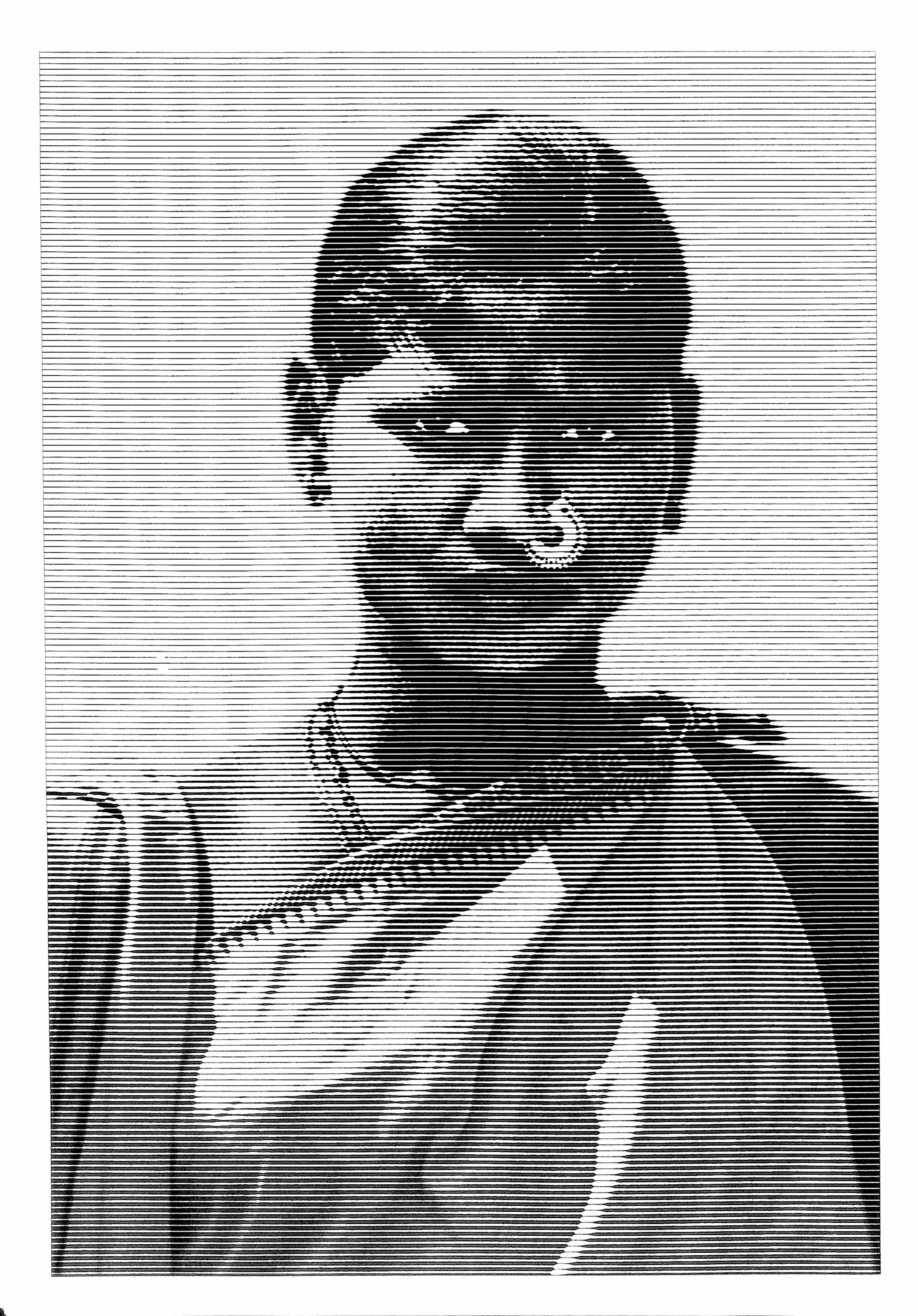
In vielen europäischen und afrikanischen Ländern riefen Flüchtlings-, MigrantInnen- und Menschenrechtsorganisationen

für den 07. Oktober zu einem Aktionstag gegen die restriktive und menschenfeindliche europäische Migrationspolitik auf. Der auf dem Europäischen Sozialforum in Athen beschlossene Aktionstag schließt sich an die Mobilisierungen vom Januar 2004 und April 2005 an. Der dritte Aktionstag hat sich gegen die Aberkennung von Rechten, gegen die Kriminalisierung von MigrantInnen und gegen alle Einwanderungskontrollen gerichtet und klare Forderungen im Kontext von Bewegungsfreiheit und Bleiberecht gestellt. Erinnert werden sollte durch die Wahl des Datums an den Sturm auf die Grenzzäune der spanischen (auf marokkanischem Territorium liegenden) Enklaven Ceuta und Melilla im Oktober 2005. Damals schafften zwar hunderte Flüchtlinge und MigrantInnen den buchstäblichen Sprung nach Europa, gleichzeitig traten aber auch die unmenschlichen und repressiven Maßnahmen des europäischen Migrationsregimes mehr als deutlich zu Tage: Todesschüsse, Internierungen, Massenabschiebungen und sogar das Aussetzen mehrerer tausend Menschen in der Wüste.

Auch in Deutschland fanden in vielen Städten Proteste und Demonstrationen statt, die sich explizit für Bleiberecht und gegen das deutsche dezentrale Lagersystem wendeten. Auch in Berlin nutzten antirassistische Initiativen die Gelegenheit, um gegen den neuesten Schlager der Ausländerbehörden zu demonstrieren: die Ausreisezentren. Die so euphemistisch umschriebenen Lager dienen dazu, Flüchtlinge mit gültigem Aufenthaltsstatus, wie einer Duldung, zum Ausreisen zu bewegen. Weil das Bundesverfassungsgericht den Ländern die Anwendung der Abschiebehaft in Fällen verweigert hatte, in denen eine Ausreise oder Abschiebung nicht möglich war, machten sich die Innenminister auf die Suche nach einem neuen Druckmittel. Seit 1998 gibt es Ausreisezentren in Niedersachsen, NRW (mittlerweile wegen eines Suizids geschlossen), Rheinland-Pfalz, Bayern, wahrscheinlich Hamburg und mittlerweile in Berlin, wo still und heimlich die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Berlin in der Motardstraße 101a durch ein Ausreisezentrum ergänzt wurde. Das Land Berlin, im Zuständigkeitsbereich der PDS-Sozialsenatorin Knake-Werner, stellt es damit den Bezirken frei, Menschen mit Duldung in der Motardstraße unterzubringen. Für die Betroffenen bedeutet das faktisch einen offenen Vollzug von Abschiebehaft. Die Proteste gegen dieses Lager und seiner Profiteure, namentlich der AWO, die das Lager betreibt und Dussmann, der für eklige und unzureichende »Essensversorgung« zuständig ist, wurden am 07. Oktober 2006 von Berliner Polizei und Justiz massiv behindert. Die Kundgebung, die unter anderem auch von selbstorganisierten Flüchtlingsinitiativen getragen wurde, durfte nicht vor Dussmanns Kulturkaufhaus in der Berliner Friedrichstraße stattfinden. Als Begründung wurde angeführt, dass der Gehweg vor dem Kulturkaufhaus nun leider von der Stadt an Dussmann verkauft wurde und somit dem Hausrecht des Konzerns unterliege. Die Straße und der gegenüberliegende Fußweg könnten nicht genutzt werden, weil der Verkehr behindert würde und die Demonstration zu nahe an der US-Botschaft liege. Auch das angekündigte Fest vor der Motardstraße wurde nicht erlaubt, da es sich nach Ansicht der Polizei nicht um eine politische Demonstration handele und somit eine Sondernutzung beantragt werden müsse, die allerdings nicht gestattet werden könne. Trotzdem wurde von den VeranstalterInnen versucht, ein Fest stattfinden zu lassen, was wiederum von der Polizei verhindert wurde. So untersagte sie das Aufstellen eines Essenstischs, auf dem Speisen für ein gemeinsames Essen mit den HeimbewohnerInnen aufgetischt werden sollten.

Ebenso unangemessen reagierte die Polizei auf eine Aktion der *Überflüssigen*[1] am Donnerstag davor, die sich in den Kontext des globalen Aktionstages für Migration stellte. Dabei sollte der *Blutige Füllfederhalter* an die Angestellten der Ausländerbehörde Lichtenberg übergeben werden. Die Ausländerbehörde ist in Vergangenheit als besonders rigide in der Auslegung der Asyl- und Ausländergesetze in Erscheinung getreten. Die Verwaltungsangestellten haben ein Großmaß an Entscheidungsbefugnis bei den Anträgen auf Duldung und Arbeitserlaubnis, welche sie regelmäßig negativ entscheiden. Viele der Flüchtlinge können die Behörde nicht ohne AnwältInnen und DolmetscherInnen betreten, da es scheinbar keine Rechtssicherheit gibt und zum Teil noch aus der Behörde heraus abgeschoben wird. Etwa 30 Personen betraten ohne Termin die Behörde, verteilten Informationszettel an die wartenden MigrantInnen, machten Musik und sprachen mit den Angestellten der Behörde. Die VerwaltungsbeamtInnen und Wachleute reagierten in bekannter Weise mit Aggressivität und sperrten sechs Personen sofort in Zellen, die für ausreiseunwillige Flüchtlinge vorgesehen sind. Auch zwei JournalistInnen wurden vorrübergehend in Zellen gesperrt. Die eintreffende Polizei setzte wahllos vor dem Haus stehende Personen unter dem Verdacht des »besonders schweren Landfriedensbruchs« fest und verhinderte eine spontan angemeldete Kundgebung. ‹›

ANMERKUNG 1 Bei den *Überflüssigen* handelt es sich nicht um eine feste Gruppe, sondern um ein Label, dem sich bedient werden kann und das für einen gemeinsamen Kampf gegen Prekarisierung und Entrechtung von Lebensumständen steht.



SCHWERPUNKT NATIONALE BEFREIUNGSBEWEGUNGEN

EINLEITUNG ZAG

Das Thema *Nationale Befreiungsbewegungen* steht momentan so gar nicht auf der Tagesordnung linker Debatten. Es scheint ein Thema aus längst vergangenen Zeiten zu sein, als sich die europäischen Solidaritätsbewegungen ein Überschwappen des revolutionären Potenzials aus dem unterdrückten Süden erhofften. Warum also einen solchen Schwerpunkt machen? Am Anfang stand die Frage, was aus der »antiimperialistischen Bewegung« geworden ist. Diese setzte auf einen Durchbruch der antikolonialen Kämpfe in der so genannten »Dritten Welt«. Eine Hoffnung, die sich auch mit dem Ende der Kolonialreiche zu erfüllen schien. In den 50er Jahren Algerien und Indochina, die das Ende des französischen Kolonialismus ankündigten, das sogenannte »afrikanische Jahr« 1961, in dem die meisten afrikanischen Länder unabhängig wurden, später Kämpfe in Lateinamerika im Anschluss an die Revolution in Kuba, die die Vorherrschaft der USA auf dem amerikanischen Doppelkontinent in Frage stellten. Anfang der 70er wurde das Ende der portugiesischen Herrschaft in seinen afrikanischen Kolonien eingeläutet. Gerade hier wurde der Zusammenhang von antikolonialen Befreiungsbewegungen und sozialem Wandel in den Zentren am ehesten spürbar, hatte doch die Nelkenrevolution 1974 das Regime in Portugal beseitigt.
Die antikolonialen Befreiungskämpfe zogen ihre Berechtigung aus der angestrebten Auflösung ungleicher Verteilungen gesamtgesellschaftlich erzeugter Reichtümer und der Beseitigung kolonialer Unterdrückung, so warf sowohl die notwendige Bewaffnung des Kampfes als auch sein nationaler Rahmen massive Probleme bezüglich einer erstrebten freiheitlichen Vergesellschaftung auf.
Der bewaffnete Kampf, nicht nur in den Grenzen einer Nation, sondern mit dem Ziel ihrer »Befreiung« aus den Händen alter Oligarchien, hat in der Linken schon immer zu Kontroversen geführt. Die mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfs einhergehende Militarisierung nimmt alles andere als eine emanzipative Vergesellschaftung vorweg, und die Befreiung der Nation selber zeichnet sich häufig durch Exklusivität aus.
Mit dem Ende kolonialer Herrschaft und der Etablierung der ehemaligen Befreiungsbewegungen als Regierungsparteien veränderte sich auch der Fokus der Solidarität in den Zentren. Die Beachtung der Menschenrechte in den lateinamerikanischen Diktaturen trat in den Vordergrund, der Kampf gegen die Apartheid, die Unterstützung der mittelamerikanischen Bewegungen gegen die aus den USA unterstützten Konterrevolutionäre und die Bekämpfung der Auswirkungen neoliberaler Umstrukturierungen. Nach 1990 konzentrierte man sich auf die Zivilisierung der Staaten und nation building der failed states, also die weltweite Durchsetzung europäisch geprägter zivil- und nationalgesellschaftlicher Vorstellungen.
Historisch zeigte sich dies in den meisten Ländern, in denen die Staatsmacht in solchen Kämpfen erfolgreich übernommen wurde. Die häufig von einer politischen Avantgarde initiierten revolutionären Veränderungen innerhalb eines bürgerlich politischen Rahmens, den ein Nationalstaat mit sich bringt, führten nicht selten zu einer gesellschaftlichen Verkrustung, unter der die emanzipativen Kräfte letztlich erstickten. So setzten sich nach der Revolution häufig bürgerliche (wie in Algerien), nationale (wie in Simbabwe) und gewaltsame Gruppen (wie in Kambodscha) durch. Auf dieser Kruste tauchten zudem strukturell bedingt wieder viele gesellschaftliche Missstände auf, gegen die eigentlich gekämpft wurde. Sehr überspitzt gesagt und verallgemeinernd waren nun die Ungleichheiten von gestern, durch neue Ungleichheiten ersetzt worden.
Das Ende der alten kolonialen Regime, die Enttäuschung der Hoffnungen auf das emanzipative Potential der neuen Regierungen und die Kontinuität der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen (zumindest bis 1990) mögen Gründe sein, warum die solidarische Unterstützung solcher Bewegungen in

der Linken kaum noch Resonanz findet. Selbstverständlich gibt es noch die alten Strukturen wie die Informationsstelle für das südliche Afrika, das Asien-Haus, das Forschungs- und Dokumentationszentrum Lateinamerika und Chile sowie das Informationszentrum Dritte Welt. Doch eine Szene, die die politische Emanzipation hier wie dort miteinander verknüpft ist eher verhalten in ihren öffentlichen Äußerungen und Aktivitäten und stößt auf wenig Resonanz in der Öffentlichkeit.

Doch zwei Bewegungen in Lateinamerika erlangen immer noch linke Aufmerksamkeit, die bolivarianische Revolution in Venezuela und der Aufstand im lakadonischen Urwald durch die Zapatisten. Auf der einen Seite der Versuch einer manifesten Reformulierung eines Staatssozialismus, andererseits die Veränderung der Gesellschaft ohne die Übernahme der staatlichen Macht. Beides sind nationale Reformprojekte, die in der Linken mit viel Sympathie bedacht werden – trotz des altbackenen anmutenden venezolanischen Antiimperialismus einerseits und der Berufung auf den mexikanischen Boden, den es zu befreien gälte, andererseits. Denn sie sind erfolgreich, die einen mit staatlichen Kampagnen gegen Armut, für Bildung und medizinische Versorgung, die anderen mit ihren beeindruckend vorgetragenen Kampagnen für die Rechte der Ureinwohner und die Demokratisierung der mexikanischen Gesellschaft.

Aber es passiert noch einiges mehr an der Befreiungsfront: neben Venezuela und Mexiko sind Bolivien, Peru und auch immer wieder Kolumbien Orte an denen die Machtfrage mit Waffengewalt von links in Frage gestellt wird. Daneben werden die Kämpfe in Südostasien oder Afrika südlich der Sahara kaum mehr beachtet.

Der Putsch in Thailand im September 2006 wirft noch einmal ein kleines Schlaglicht auf diese Region. In Thailand kann man nicht von klassischen Befreiungsbewegungen sprechen, wie man sie eben aus Nepal oder von den Philippinen kennt. Das Forum der Armen hingegen, das sich in den 90ern gegründet hat, hat dort einige Furore gemacht, weil sie in großen Protestzügen nach Bangkok gezogen und das Regierungsgebäude belagert haben. Dabei haben sie sich so sympathisch hierarchiefrei verhalten, wie die Zapatistas: graswurzelartig, selbstorganisiert et cetera. Obwohl man über *La Via Campesina* mit den Bewegungen in Südamerika Kontakt bei den Weltsozialforen aufnahm, kam eine echte Süd-Süd-Vernetzung, geschweige denn eine Art Internationale nie zu Stande.

Zudem haben sich in Thailand unter dem Dach der sogenannten *People's Alliance for Democracy* (PAD) eine Reihe sehr interessanter Gruppen versammelt: Gruppen, die unserer Stiftung Warentest entsprechen oder Gruppen von HIV-Patienten zählen in Thailand zu einen politischen Spektrum, die durch die Anti-WTO-Proteste in Hongkong im Dezember 2005 mit koreanischen Protestformen vertraut wurden und daraufhin Anfang Januar die Verhandlungen des bilateralen Freihandelsabkommens zwischen Thailand und den USA gestürmt haben. Diese Proteste waren der tatsächliche Ausgangspunkt der Verbreiterung und Politisierung der Bewegung gegen Thaksin, den letzten gewählten thailändischen Premierminister. Der Putsch in Thailand durch die Armee ist vielleicht nur in zweiter Linie ein Putsch gegen Thaksin und in erster Linie eine Aktion gegen diese erstarkende Bewegung.

Die Adevasi in Indien sind ein Beispiel dafür, was ohne Waffen von Seiten unterdrückter Gruppen zu bewegen ist. In ihrem Kampf gegen die Zerstörung ihrer Region und ihrer Existenz durch Erzabbau und Bau von Staudämmen müssen sie sich gegen brutale Polizeigewalt durchsetzen.

Aller Widrigkeiten bei der Produktion dieses Schwerpunkts zum Trotz, war bei dieser Ausgabe der ein oder andere »fortbildende« Aspekt für die Redaktion gewährleistet, was hoffentlich auch für unsere LeserInnen so ist. ‹›

AUS EINEM FUNKEN KANN EIN STEPPENBRAND ENTSTEHEN

ÜBER DIE NAXALITISCHE BEWEGUNG IN INDIEN

NINA KNIRSCH

Seit dem Ende der sechziger Jahre bestehen in Indien maoistische Gruppen, die sich auf Maos Strategie des Volkskrieges berufen[2] oder sich von dem bewaffneten Kampf abgewendet und ihre Arbeit hauptsächlich auf andere gesellschaftliche Felder gerichtet haben.[3] Somit weist die nach dem kommunistischen Aufstand in Naxalbari benannte naxalitische Bewegung, die heute in knapp 40 verschiedene Gruppen aufgesplittert ist, eine gewisse Beständigkeit auf.

Die maoistische Bewegung in Indien findet ihren Rückhalt in den Lebensbedingungen vor allem der ländlichen Bevölkerung, welche unter Armut, dem Kastenwesen und der Ausbeutung durch Großgrundbesitzer zu leiden hatte – und bis heute leidet. Unterstützung erfuhren die Naxaliten auf dem Land vor allem von den unteren Kasten, den *Unantastbaren* und der Stammesbevölkerung.[4] Die Stammesbevölkerung, auch Adivasis genannt, wurde durch die britischen Kolonialherren von ihren ländlichen Besitztümern in Berge und Wälder vertrieben, wo Händler und Geldverleiher Nutzen aus ihrer Arbeit zogen. Die ungleiche Verteilung des Landbesitzes und die Unwirksamkeit von Landreformen hatten zur Folge, dass einige Teile der ländlichen Bevölkerung sehr empfänglich für die Ziele kommunistischer Organisatoren wurden.

Die Programmatik und Taktik der 1969 entstandenen revolutionären Kommunistischen Partei Indiens (Marxistisch-Leninistisch, KPI (ML)) orientierte sich an der Volkskriegsstrategie Maos, unterschied sich aber in grundsätzlichen Punkten erheblich. Die Einführung Charu Mazumdars »Vernichtungsstrategie« als vorherrschende Leitlinie in der Praxis der KPI (ML) sollte verheerende Folgen für die sich formierende maoistische Bewegung haben, die nach ihrem Beginn 1967 schon fünf Jahre später ein vorläufiges Ende nehmen sollte.

NAXALBARI UND DIE SITUATION DER INDISCHEN BAUERN

Die Lebensumstände der indischen Bauern in den sechziger Jahren waren mehr als prekär: Ein großer Teil der Adivasis wurde im Lauf der Jahrzehnte von ihrem Land von Großgrundbesitzern vertrieben oder waren so verschuldet, dass sie in Abhängigkeit zu den Grundherren gerieten. Obwohl Mitte der fünfziger Jahre seitens der Regierungen versucht wurde, mittels Landreformgesetzen die Eigentumsrechte der Grundherren einzuschränken, verbesserte sich die Situation der Bauern dort nicht. Die Umsetzung der Landreform wurde zum Einen durch die Grundherren selbst und zum Anderen durch die vielerorts bestechlichen und mit Vorbehalten gegen niedere Kasten geprägten Verwaltungs- oder Polizeibeamten untergraben.
Auf diesen Erfahrungen der Ausbeutung und Unterdrückung der landlosen und kleineren Bauern durch die Großgrundbesitzer baute die Argumentation der linken Kader, der von der Kommunistischen Partei Indiens abgespaltenen KPI (Marxist), auf. Diese hatten im Norden West-Bengals angefangen unter den Mittellosen zu arbeiten und sie zu agitieren. Statt auf eine Verbesserung der Situation durch die neue Regierung zu warten, riefen die kommunistischen Kader zur Errichtung von Bauernkomitees und zum bewaffneten Kampf gegen die Grundherren auf. Der Bauernaufstand in Naxalbari begann im März 1967. Die Bauern bewaffneten sich und überfielen die Grundbesitzer (die Jotedars), besetzten deren Land und verbrannten die Schuldscheine. Allerdings währten die Unruhen in der Darjeeling-Region kaum zwei Monate. Vom Juni 1967 an verfolgten die Polizeikräfte die Aufständischen erfolgreich und verhafteten die Anführer.

CHARU MAZUMDARS »VERNICHTUNGSSTRATEGIE«

Mitte November 1967 wurde auf einer Konferenz in Kalkutta die Gründung eines Komitees beschlossen, das alle maoistischen Gruppen innerhalb wie außerhalb der KPI (M) zusammenfassen sollte. Das Komitee bekannte sich zu Maos Klassenkampfstrategie und sollte die militanten Aktivitäten der im Norden und Osten Indiens verstreuten Gruppen koordinieren. Das Ziel war die Organisation von Bauernkämpfen in ganz Indien und der Aufbau einer revolutionären maoistischen Partei. Der bewaffnete Kampf sollte mit einer Massenmobilisierung verknüpft und allgemeine Wahlen boykottiert werden. Am 22. April 1969 wurde die KPI (ML) offiziell gegründet und Charu Mazumdar zum Vorsitzenden des Zentralkomitees gewählt. Allerdings schlossen sich einige Gruppen der maoistischen Bewegung wie beispielsweise die um Nagy Reddy dem Komitee nicht an. Ihr primäres Ziel lag im Aufbau einer Massenorganisation, bevor zum bewaffneten Kampf übergegangen werden sollte.
Mazumdar versuchte seit Mitte der sechziger Jahre Maos Strategie des Guerillakampfes für die indischen Verhältnisse nutzbar zu machen. Er entwickelte eine »Vernichtungstheorie«, welche für die maoistischen Gruppen Ende der sechziger Jahre die geltende taktische Richtlinie im bewaffneten Kampf wurde. Aus der Niederlage in Naxalbari hatten viele kommunistische Kämpfer den Schluss gezogen, dass die Bedeutung militärischer Fähigkeiten bei dem Aufstand unterschätzt worden waren. Vorrangiges Ziel war nun eine brauchbare Taktik für den Guerillakampf auf dem Land: Dort sollten die KPI (ML)-Kader laut Mazumdar landlose, Klein- und Mittelbauern organisieren, indem diese für den gemeinsamen Kampf gegen die Grundherren agitiert würden. Auf dieser Basis sollte eine konspirative Untergrundpartei aufgebaut werden. Der Guerillakrieg sei laut Mazumdar das einzige Mittel, das einem vermeintlich schwachen revolutionären Subjekt die Ergreifung der Macht ermöglichen könne, indem die herrschende Klasse der Feudalherren »vernichtet« würde. Konkret meinte Mazumdar damit Überfälle auf Grundherren und ihre Häuser, die Aneignung ihrer Waffen und der von den Bauern erwirtschafteten Ernteerträge und das Vernichten von Dokumenten der Knecht- und Leibeigenschaft. Wenn der Grundherr nicht schon geflohen, oder bei dem Überfall getötet worden war, sollten Volksgerichte über Leben oder Tod des Grundherren entscheiden. Der Akt der »Vernichtung« des Klassenfeindes implizierte nicht nur den strategischen Aspekt der Abschreckung und Schwächung konterrevolutionärer Kräfte, sondern nahm für Mazumdar auch einen hohen propagandistischen Stellenwert für die Rekrutierung neuer Kämpfer aus der Bauernschaft ein.
Mit der Gründung der KPI (ML) und ihrer Bindung an die maoistische Strategie des Guerillakampfes verließ ein beträchtlicher Teil der indischen Kommunisten den Weg der Beteiligung an gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. Damit schloss die KPI (ML) eine revolutionäre Umwälzung mit friedlichen Mitteln aus und trat für eine militante Offensive der Bauernschaft auf dem Land ein. An zweiter Stelle stand die Agitation der Arbeiterklasse in den Städten und der Aufbau einer maoistischen Massenorganisation. Letzterer wurde vernachlässigt, da in den Augen der KPI (ML)-Kader die »Vernichtungs«-Kampagne als Mittel der revolutionären Bewusstwerdung der ausgebeuteten Klasse automatisch die Massenmobilisierung beinhaltete. Die Konzentration der Partei auf konspirative Aktivitäten auf dem Land erschwerte eine massenwirksame Agitation, welche mit Inhalten wie der Umverteilung von Land und einer kollektivistischen Agrarreform die Menschen zur Organisierung hätte bewegen können.

DIE ENTWICKLUNG DER MAOISTISCHEN KÄMPFE VON 1969 BIS 1971

Die Zentren der maoistischen Kämpfe waren von 1970/71 in West-Bengal, Andhra Pradesh, Bihar und Punjab, wobei sich die gewaltsamen Aktivitäten auch zu den nördlichen und südlichen Grenzgebieten Orissas ausdehnten. Aber nicht nur dort mussten Großgrundbesitzer, wohlhabende Farmer, Geldverleiher und Polizeibeamte um ihr Leben fürchten. Denn sporadische Attacken durch Guerilla-Trupps fanden sowohl in Tamil Nadu und Kerala, als auch in Uttar Pradesh, Rajasthan und in Assam statt.
In Andhra Pradesh erwies sich der Verlauf der Guerillakämpfe in der Gegend um Srikakulam für die Naxaliten Ende der sechziger Jahre als viel versprechend, und so wurde in dieser Zeit von Srikakulam oft als »Yenan Indiens«, benannt nach dem Kerngebiet der chinesischen Revolutionäre, gesprochen. Dort hatte der Schullehrer Vempatapu Satyanarayana seit Beginn der sechziger Jahre die in den Bergen lebenden, und von den Grundherren ausgebeuteten Girijans[5] organisiert und somit bis 1967 einige Verbesserungen bezüglich der Löhne, Ernteabgaben und des Landbesitzes für diese erzielt. Die hauptsächlich auf ökonomischen Forderungen basierende Bewegung radikalisierte sich Ende der sechziger Jahre. Die KPI (ML)-Kader versuchten in Srikakulam die Taktik der »Vernichtungstheorie« Mazumdars

umzusetzen, und dies zunächst mit Erfolg. Laut Prakash Singh waren im März 1969 in Srikakulam etwa 300 Dörfer unter naxalitischem Einfluss. Im Sommer desselben Jahres kamen in dieser Region jedoch konzertierte Polizeikräfte zum Einsatz, gegen deren paramilitärische Härte und Erbarmungslosigkeit die maoistischen Kader und vor allem die kämpfenden Girijans mit ihren traditionellen Waffen nicht gewappnet waren.
In den südlichen Bezirken Andhra Pradeshs gingen unter anderem die Anhänger Nagy Reddys dazu über Guerilla-Trupps aufzustellen, um Attacken der Polizei abzuwehren. Im Einsatz militanter Mittel ähnelten sich die Ziele der Reddy-Gruppe mit denen der Anhänger Mazumdars, der Unterschied lag jedoch in der grundsätzlichen Haltung hinsichtlich des Zeitpunktes. Hatte die kommunistische Organisation des Aufstands in Naxalbari wie auch in Srikakulam mit ökonomischen Forderungen und Zielstellungen begonnen, verzichteten viele Kader darauf und verfolgten als vorrangige Taktik die »Vernichtung« der Klassenfeinde. Als im März 1970 *President's Rule* über West-Bengal verhängt wurde, erlebte die Bewegung in dieser Region ein schnelles Ende. Das Zentrum naxalitischer Kämpfe verlagerte sich nach diesem Misserfolg in die Städte – vor allem Kalkutta – wo maoistische Studenten versuchten, Mazumdars Strategie des »Roten Terrors gegen weißen Terror« umzusetzen. Ziel der militanten Anschläge in der Stadt waren vorwiegend Polizeikräfte und Polizeistationen, Regierungs- und Universitätsgebäude, sowie nationale oder religiöse Denkmäler. Aber auch in Kalkutta gewannen die paramilitärischen Kräfte der Polizei schließlich Ende 1971 die Oberhand.
In Bihar, einem der ärmsten Unionsstaaten Indiens, begannen sich die Grundbesitzer durch die Aufstellung privater Armeen – die von der höheren Kaste der Bhumihars aufgestellte Ranvir Sena ist heute noch aktiv – gegen die Angriffe der maoistischen Guerilla-Trupps zu verteidigen. Die Angriffe der Senas richteten sich nicht nur gegen bekannte Naxaliten, sondern auch gegen Bauern, die mit ihnen sympathisierten oder geholfen hatten.[6]
Im vergleichsweise wohlhabenden Bundesstaat Punjab waren besonders Anführer der Swatantra Partei sowie der Akali Dal Ziel naxalitischer Anschläge. Aber auch hier war es 1971/72 den vereinten Polizeikräften möglich, in die Guerillazonen der KPI (ML) einzudringen und die Bewegung niederzuschlagen.

KRITIK AN CHARU MAZUMDARS »VERNICHTUNGSTHEORIE«

Die Gebietsverluste und die hohe Zahl maoistischer Getöter und Inhaftierter durch das Eingreifen paramilitärischer Polizeikräfte in den einzelnen Bundesstaaten führte innerhalb der KPI (ML) zu zunehmender Kritik nicht nur an Mazumdars »Vernichtungstheorie«, sondern auch an dessen taktischen Direktiven. Mazumdar hatte den Einsatz von Schusswaffen zu Beginn der Guerillakämpfe auf dem Land abgelehnt und die Bedeutung des Gebrauchs traditioneller Waffen für die Mobilisierung der Bauern hervorgehoben, welche von sich aus die Notwendigkeit des Kampfes mit modernen Waffen erkennen würden. Obwohl die Taktik der Überfälle auf Häuser der Grundherren und Polizeistationen durch Guerilla-Trupps auch die Aneignung von Schusswaffen vorsah, wurde Mazumdar vorgeworfen, die notwendige militärische Ausstattung und Vorbereitung der Guerillakämpfer zur Verteidigung gegen die Angriffe der Polizei gezügelt zu haben. Die Kritiker beklagten, dass KPI (ML)-Kader und deren Anhänger nutzlos geopfert und »verheizt« worden wären. Mit der Tötung vieler führenden KPI (ML)-Kader hätten sich kriminelle Elemente in die Bewegung geschleust, welche die Betonung ausschließlich auf die »Vernichtung« von Klassenfeinden legten und dabei kein gemeinsames politisches Ziel, sondern eigene Interessen verfolgten. Mazumdars erklärtes Ziel bis 1975 eine schlagkräftige Massenorganisation in ganz Indien zu schaffen, verhinderte laut einigen Kritikern die notwendige Taktik eines verlängerten Krieges, denn ein schneller Sieg sei in Indien nicht möglich gewesen.
Mazumdars »Vernichtungstheorie« beruhte auf der Einschätzung der indischen Bourgeoisie als eine im Dienste ausländischen Kapitals stehende Komprador-Bourgeoisie, aufgrund dessen eine Zusammenarbeit mit Teilen des Bürgertums von ihm vehement abgelehnt wurde. Dem widersprachen einige KPI (ML)-Kader, in dem sie in der indischen Gesellschaft Teile der nationalen Bourgeoisie entdeckten, welche für eine revolutionäre Einheitsfront zu gewinnen seien. Prinzipielle Differenzen bestanden des Weiteren über die Beteiligung der Partei an Wahlen und die politische Arbeit in den Gewerkschaften. Letzterem stand Mazumdar nicht völlig ablehnend gegenüber, setzte jedoch den Aufbau der Partei und die Gewinnung der Arbeiterschaft für diese an erste Stelle. Ein weiterer Streitpunkt war die Führungsrolle und der autoritäre Führungsstil Mazumdars innerhalb der Partei. Besonders die Dezentralisierung und Umgehung der entscheidungsbefugten Gremien wurde von den Kritikern beanstandet. So kam es bereits zu Beginn der Gründung der KPI (ML), zwischen 1969/70, zu verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei, die sich schon früh abspalteten und eigene maoistische Gruppen formten.

GRÜNDE DES VORLÄUFIGEN SCHEITERNS DER MAOISTISCHEN BEWEGUNG

Nicht nur, dass sich die KPI (ML) schon Anfang der siebziger Jahre in etliche kleine Splittergruppen auflöste, die sich zum Teil gegenseitig bekämpften und töteten. Vor allem die von den maoistischen Kämpfern unterschätzte Reaktion der indischen Polizei und des Militärs dezimierte die anfängliche Schlagkraft der Bewegung. 32.000 Naxaliten füllten 1973 die Gefängnisse, in denen viele von ihnen jahrelang ohne Anklage festgehalten und misshandelt wurden.[7] Am 16. Juli 1972 wurde Charu Mazumdar festgenommen und verstarb zwölf Tage später im Gefängnis. In den wenigen Solidarisierungsbemühungen, die es von Europa oder den USA in den 70ern aus gab, hatten Simone de Beauvoir und Noam Chomsky die unmenschlichen Bedingungen, unter denen die maoistischen Kader in den indischen Gefängnissen ihr Dasein fristen mussten, angeprangert. Die verschiedenen maoistischen Gruppen verfolgten nun entweder einen pro- oder einen contra-Mazumdar-Kurs, waren sich allerdings selbst innerhalb dieser Lager über bestimmte Grundsätze nicht einig. Die Ausrufung des Notstandes 1975 durch Indira Gandhi führte zu einem nahezu gänzlichen Aussetzen naxalitischer Aktivitäten bis 1977.
Die maoistischen Kämpfer schafften es nur in den nördlichen und süd-östlichen Bundesstaaten Indiens einige Regionen unter ihren Einfluss zu bringen. Die Polizeieinheiten die dorthin vordrangen, mussten nicht nur mit der Gegenwehr der maoistischen Kader, sondern auch der bäuerlichen Bevölkerung rechnen. So gelang es den Naxaliten zumindest für eine kurze Zeit, die staatlichen Strukturen in bestimmten Regionen zu brechen und eigene Institutionen zu schaffen.
Die aktuellen Entwicklungen in Chattisgarh und Andhra Pradesh, wo 2004 das Verbot naxalitischer Gruppen für acht Monate aufgehoben wurde und die Landesregierung in Verhandlungen mit der jetzigen Communist Party of India (Maoist) getreten war, zeigen, dass die maoistischen Aktivitäten Bedeutung beibehalten und wieder einen Grad erreicht haben, der die Regierung zum Handeln zwingt. Die Regierung Andhra Pradeshs setzt aber nach den missglückten Verhandlungen wieder vorrangig auf

die seit Beginn der Bewegung übliche militärische Bekämpfung der Maoisten. Und auch in Chattisgarh wird durch die Operationen der Salwa Judum, einer von der Regierung unterstützten paramilitärischen Organisation von Freiwilligen, der Konflikt durch die Schaffung bürgerkriegsähnlicher Zustände intensiviert und auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen.
Ein weiterer Faktor der Wiederbelebung maoistischer Bewegung nach Beendigung des Notstandes 1977 ist auch die grundsätzliche Absage an die »Vernichtungstheorie«, wie sie von Mazumdar und seinen Anhängern verfolgt wurde. Auch wenn Gruppen wie *CPI (Maoist)* oder *CPI (ML) Naxalbari* weiter die Strategie des bewaffneten Kampfes verfolgen, haben sich die Tätigkeitsfelder maoistischer Gruppen auf Gewerkschaften, Wahlbeteiligung und kulturelle Organisationen ausgeweitet. Auch die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der ärmeren Landbevölkerung durch den Aufbau von Bewässerungsanlagen und behelfsmäßigen Bildungs- und Gesundheitsfürsorge-Einrichtungen gehört gegenwärtig zum Programm naxalitischer Gruppen. Diese haben den Ballast der »Vernichtungtheorie« Mazumdars abgeworfen und sich programmatisch dem Aufbau einer Massenbewegung zugewandt. Die Tendenz der Reorganisierung und des Zusammenschlusses der zersplitterten maoistischen Gruppen in Indien kann zu einem Erstarken naxalitischer Bewegung beitragen. Nicht ohne Grund sehen einige Beobachter in den naxalitischen Aktivitäten ein weitaus größeres Gefahrenpotenzial für den indischen Staat als beispielsweise im Kaschmir-Konflikt. ‹›

ANMERKUNGEN 1 »Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen« Mao Tse-tung am 05. Januar 1930, in: Ausgewählte Werke Band I, Peking 1968, Seite 133 2 Zu den einflussreichsten Gruppen gehörten die *People's War Group* und das *Maoist Communist Centre*, die sich seit dem 01. Januar 2005 zur *Communist Party of India (Maoist)* zusammengeschlossen haben. Siehe dazu: http://www.massline.info/India/Indian_Groups.htm (eingesehen am 30. September 2006) 3 So beteiligen sich zum Beispiel die KPI (ML) *Liberation* oder das von Nagy Reddy ins Leben gerufene *Unity Centre of Communist Revolutionaries of India* an Wahlen in den einzelnen Bundesstaaten. Darüber hinaus wurden Organisationen unter dem Dachverband der Partei für Gewerkschaften, Bauern, Studenten oder Frauen gegründet. Siehe ebenda. 4 Zur Schwierigkeit der Klassifizierung und Benennung der Stammesbevölkerung in Indien siehe Uwe Skoda, in: http://www.suedasien.net/laender/indien/bevoelkerung/adivasi.htm#begriff (eingesehen am 03. Oktober 2006) 5 »A term used to describe all the different tribes living in the hills in Andhra Pradesh and its borders along Madhya Pradesh and Maharashtra.« Sumanta Banerjee, India's Simmering Revolution. The Naxalite Uprising, London 1984, Seite 326 6 Siehe dazu: http://www.hrw.org/reports/1999/india/India994-06.htm (eingesehen am 04. April 2005) 7 Banerjee, 1984, Seite 260

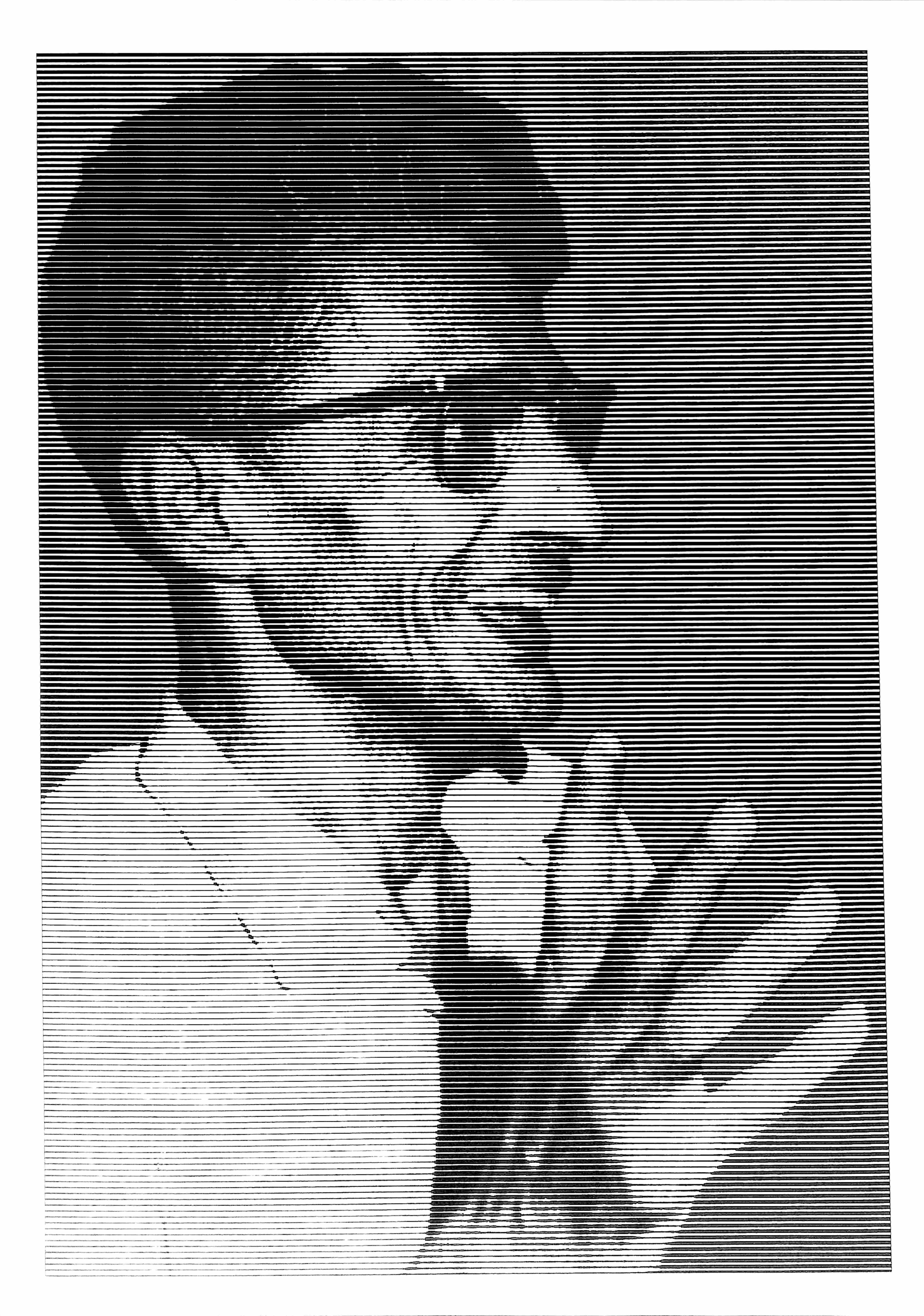
DIE NEUAUSRICHTUNG DES WIDERSTANDES DER ADIVASI IN DEN BERGBAUREGIONEN INDIENS

EIN GESPRÄCH ZWISCHEN SAVIER DIAZ UND CHRISTOPH BURGMER

Savier Diaz ist der Koordinator des *Bindra Institut for Research, Study and Action*, kurz *B.I.R.S.A.* (www.birsa.org). Es ist das bedeutendste Monitoringzentrum für Bergbau im indischen Bundesstaat Jharkhand. Weiter ist Diaz Regionalbeauftragter der Organisation *Geschädigte des Bergbaus* und Herausgeber des monatlichen Magazins *Adikar. Bergbau, Bodenschätze und Bürgerrechte*. Savier Diaz hat in Bengalore studiert. In den 70er Jahre unterstützte er die Befreiungsbewegung Bangla Deshs. Dann wurde er Mitglied der *All India Catholic Federation* und arbeitete in sozialen Projekten. »Doch«, so sagt er heute, »ich fand schnell heraus, dass es gesellschaftlich nicht um Mildtätigkeit, sondern um soziale Gerechtigkeit geht.« 1974 ging er nach Jharkhand. Er unterstützt politische Widerstandsorganisationen der sozial diskriminierten Adivasi, der Ureinwohner Indiens.

ZAG *Die Gesellschaften der Ureinwohner Indiens sind in der indischen Verfassung mit einem rechtlichen Sonderstatus bedacht. Anders als Ureinwohner in Asien und Südamerika haben sie die Möglichkeit, juristisch gegen Diskriminierung und Ausbeutung vorzugehen. Die Adivasi stellen zirka acht Prozent der indischen Bevölkerung. Die Adivasi, das heißt Mensch, erster siedelnder Mensch, wie sie sich selbst nennen, unterscheiden sich kulturell, historisch und sprachlich von der indischen Mehrheitsgesellschaft. Warum richtet sich der Widerstand der Adivasi gerade gegen den Bergbau?*

Savier Diaz Der Widerstand gegen transnationale Bergbauunternehmen ist für die Adivasi der aktuellste Ausdruck, sich gegen Diskriminierung und Kolonisierung zur Wehr zu setzen. Dazu muss man wissen, dass für sie die Kolonisierung vor über 1.000 Jahren mit der Einwanderung der Arier, der Brahmanen begann. Den technologisch höher stehenden Brahmanen ging es um die Eroberung des Landes. Es folgten die Mogule, dann die britische East India Company, danach der britische Staat. Die Globalisierung begann für die Adivasi vor 200 Jahren.[1] Briten und die muslimischen Mogule kamen als Händler und Plünderer in die Region. Aus den Händlern sind dann Herrscher geworden. Damit ist der Begriff der Globalisierung genauso simpel wie eindeutig beschrieben: Globalisierung ist das Verschmelzen von Handel, Ausplünderung und Herrschaft. Gegen diese Art politisch-ökonomischer Invasionswellen formiert sich der aktuelle



Widerstand der Adivasi. Letzte Etappe waren Bahnbesetzungen. Dazu muss man wissen, dass das indische Eisenbahnnetz die selbe Funktion wie Autobahnen im Westen haben. Tausende Menschen, symbolisch mit Pfeil und Bogen bewaffnet, blockierten mehrere Tage eine zentrale Bahnlinie von Bombay nach Kalkutta. Inwieweit diese Form zivilen Widerstands erfolgreich ist, wird sich zeigen. Die Landesregierungen jedenfalls gaben dem Druck zunächst einmal nach und sicherten die Überprüfung von Landenteignungen zu.

ZAG *Jharkhand wurde als indischer Bundesstaat erst 2000 unabhängig. Warum ist dieser Widerstand gerade hier so stark?*
Savier Diaz Jharkhand stellt 80 Prozent der Bodenschätze für den indischen Energiebedarf bereit. Hinzu kommen neben bedeutendem Kupferabbau noch 23 weitere Mineralien, die abgebaut werden.[2] Dadurch profitiert über die indische auch die globale Wirtschaft. Das Besondere an der Entwicklung des Bergbaus in der Region ist die Ausbeutungsquantität. Heute erwirtschaftet der Bergbau in 10 Jahren soviel wie zuvor in 100 Jahren.[3] Im Namen der nationalen Entwicklung des Dritte Welt Staates Indien werden die Bodenschätze abgebaut, aber es wird keine soziale und ökonomische Entwicklung zurücktransferiert. Selbst die Arbeitskräfte werden aus dem Süden Indiens hierher gebracht. Deshalb bezeichnen wir Jharkhand als Vierte Welt.

ZAG *Können Sie uns ein Beispiel für das Zusammenspiel von internationalen Organisationen, transnationalen Unternehmen und regionaler Administration geben?*
Savier Diaz Ein gutes Beispiel ist die Parej Kohlemine in Hazaribad. Sie gehört Coal India, einer staatlichen Minengesellschaft. Bevor man die Parej Mine errichtete, beantragte Coal India einen Kredit bei der Weltbank. Damit sollte die Zwangsvertreibung von Adivasi finanziert werden. Die Weltbank jedoch weigerte sich. Sie gewährte stattdessen einen Kredit für die Neuansiedlung der Adivasi in Höhe von 500 Millionen Dollar. Aber dieses Geld ist niemals für die Neuansiedlung ausgegeben worden. Eine Gruppe Adivasi richtete deshalb eine Beschwerde an den entsprechenden Ausschuss der Weltbank. Dieser fertigte einen Bericht über den Vorfall an, reiste sogar mehrmals nach Indien, um sich ein Bild zu machen und beschuldigte schließlich in ihrem Bericht sowohl die Weltbank selbst als auch Coal India, das Geld veruntreut zu haben. Der Ausschuss forderte, das Geld gemäß den Vorgaben einzusetzen. Aber die Weltbank selbst folgte den Vorgaben ihres eigenen Beschwerdeausschusses nicht, sondern orientierte sich weiter an der gängigen Praxis der Verteilung von Entschädigungen an Ureinwohner. Dafür wurde sie in den vergangenen Jahren von zahlreichen NGOs heftig kritisiert – mit dem Ergebnis, dass man die Praxis offiziell änderte. Die Weltbank zahlt heute Entschädigungen nur noch an die jeweiligen nationalen Regierungen. Diese sind für die Verteilung der Gelder verantwortlich. Da aber nationale Regierungen, so auch die indische, Ureinwohner systematisch diskriminieren und benachteiligen, entzog die Weltbank den Ureinwohnern mit der veränderten Praxis eine wichtige internationale Plattform. Die Aufmerksamkeit und der Schutz der internationalen Öffentlichkeit wurden so ausgehebelt.

ZAG *Wie verläuft die Auseinandersetzung zwischen transnationalen Unternehmen und Adivasi vor Ort?*
Savier Diaz Eine bekannte Praxis zur Zerstörung lokalen Widerstands wird auch in Jharkhand praktiziert, der Import landesfremder Arbeitskräfte. Vorraussetzung dafür sind Verträge mit dem Staat, die ihnen das Recht garantieren, eigene Arbeiter in die Minenregion mitbringen zu dürfen. So nahm die Bevölkerung Jharkhands zwischen 1991 und 2001 allein um 23 Prozent zu. Statistisch erhielt nur jeder 30. umgesiedelte Adivasi überhaupt Arbeit in den Minen, während 74 Prozent unter der international gesetzten Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag leben müssen.
Wie funktioniert diese Manipulation also? Die Menschen stehen zu Beginn zusammen, also muss man sie gegeneinander hetzen. Dazu wählt man zunächst einige weniger gebildete, arbeitslose junge Adivasi aus, die in ihren Dörfern herumhängen. Ihnen verspricht man einen Job in der zukünftigen Mine, gibt ihnen für ihre Verhältnisse viel Geld, schenkt ihnen ein Moped und versorgt sie gut mit Essen und Trinken. Diese drei, vier Jugendlichen müssen als Gegenleistung nun in aller Öffentlichkeit erklären, dass sie bereit sind, das Land an das Unternehmen zu übergeben, zu verkaufen oder zu verleihen. Das spaltet die solidarische Gemeinschaft. Diese besteht in der Regel aus einigen Dörfern, die von Dorfvorstehern – so genannten Majhis – selbst verwaltet werden. Die Dörfer wiederum, zumeist etwa 25, sind zusammengeschlossen und wählen einen Pargana – einen Kreisvorsteher – der ihre Angelegenheiten regelt und der der eigenen Gerichtsbarkeit vorsteht, die die Adivasi haben. Gibt es Konflikte, rufen die Majhis den Pargana an, und es wird eine Gerichtsversammlung – die Panja – einberufen. Dies ist dann auch im Fall der Jugendlichen so. In der Regel verurteilt dieses Gericht die Jugendlichen zu einer Geldstrafe, einige tausend Rupies, weil sie die Regeln der Gemeinschaft verletzt haben. Verbunden ist dies mit der Warnung, dass – wenn sie so weiter machten – weitere Konsequenzen folgen würden. Diese bestehen in der Regel im Ausschluss der Jugendlichen aus der Dorfgemeinschaft. Die Jugendlichen bezahlen zwar die Strafe, aber beschweren sich dann beim Unternehmen. Dieses hat die Situation vorausgesehen und nur auf die Gelegenheit gewartet und der Jugendliche wird zur Polizei gebracht, um Anzeige wegen Nötigung zu erstatten. So werden die lokalen Adivasiautoritäten, die Majis und der Pargana vor ein lokales staatliches Gericht gebracht. Die Zuständigen für Adivasi in den Unternehmen bestätigen uns öfters, dass wenn es keine NGOs gäbe, sie die Adivasi mit der Peitsche von ihrem Land verjagen würden. Ihrer Meinung nach sind die Adivasi jedoch überflüssig, da sie auf dem Land ohne Besitztitel leben, sie ihrer Meinung nach unproduktiv sind und zu nichts nütze sind. Sie sehen sich dadurch bestätigt, dass – wenn sie den Adivasi das Land für einige Rupien abkaufen – diese mit dem Geld Alkohol kaufen, ihre Frauen danach in der Prostitution landen, und die Männer in den Slums als billige Tagelöhner ihr Leben fristen oder in die Slums der Großstädte abwandern. Ihrer Meinung nach sollte man den Adivasi deswegen überhaupt kein Geld geben. Am Besten wäre es, sie würden einfach verschwinden und arbeiten. Dieser Rassismus schlägt sich immer wieder in Pogromen nieder. In den Stahlstädten Orissas und Jharkhands haben internationale Konzerne quasistaatliche Macht bis hin zur Polizeigewalt. Der TATA-Konzern, einer der größten Stahlproduzenten der Welt, muss für seine rassistische Politik gegenüber den Adivasi vor einem internationalen Gericht angeklagt werden.[4]

ZAG *Woraus wird dieser Rassismus konstruiert?*
Savier Diaz Er speist sich aus dem Kastensystem. Adivasi und Dalits sind für die Brahmanenkaste und die anderen hohen Kasten keine Menschen. Verwaltung, Justiz und Politik wird von diesen Kasten dominiert. Sie verhindern jegliche Entschädigung. Gelingt es den Adivasi, politische Führungsstrukturen herauszubilden, werden diese sofort ins Ausbeutungssystem durch

Bestechung assimiliert oder sie werden ermordet. Aber der Adivasiwiderstand hat eine lange Tradition. Seit dem 17. Jahrhundert kämpfen Adivasi gegen Kolonisatoren. Dennoch standen sie häufig auf verlorenem Posten, ihnen fehlte die Organisation des Widerstands. Noch 1982 wurden 17 Adivasiführer in einem Krankenhaus mit Bajonetten ermordet, ohne Konsequenzen für die Mörder. Gegen diese Willkür hilft nur Organisation. BIRSA wurde 1988/89 gegründet und ist die logische Konsequenz solcher Bemühungen, sich zu organisieren. Es ist ein Zusammenschluss engagierter ehemaliger Studentenvertreter mit lokalen Adivasiführern. Die Adivasiführer erkannten diese Notwendigkeit der Zusammenarbeit, zum Beispiel mit einer Organisation wie JOHAR, die sich für die Menschenrechte einsetzt und Anliegen der Adivasi bis in die internationale Plattformen vorantreibt. Das größte Problem war vor der UN durchzusetzen, dass die Adivasi und einige Dalitgruppen tatsächlich als Ureinwohner Indiens akzeptiert wurden. Die indische Regierung lehnte dies ab. Sie behauptete, dass alle Einwohner Indiens Ureinwohner seien, dass die indische Gesellschaft multikulturell und multiethnisch sei und dies die eigentliche indische Gesellschaft sei. Das ist jedoch falsch. Denn vor der Einwanderung der Arier lebten Menschen in Indien, die Ureinwohner.

ZAG *Welche politischen Gruppen existieren in Jharkhand?*
Savier Diaz Es gibt viele kleine Gruppen. Wir sehen uns gemeinsam als Jharkhand Bewegung. Aber wir sind nicht homogen und zentral organisiert. Unser Ziel ist aber, für das Recht zu kämpfen, anders sein zu dürfen und die Kontrolle über die Bodenschätze zu haben. Eine der großen Veränderungen der Globalisierung ist das Zurückdrängen des Staates. In der UN sind demokratische Institutionen durch die Bretton Woods Institutionen, wie Weltbank und Internationaler Währungsfond ersetzt worden. Der indische Staat dient diesen Institutionen. Damit ist es heute für den Staat leichter, Adivasi oder Dalits auch innerhalb des Staates aufsteigen zu lassen. Da sein Einfluss gering ist, spielt es keine Rolle, ob ein Adivasi oder jemand sonst die Programme von Weltbank und IWF absegnet. Deshalb machte man Jharkhand auch 2000 zu einem neuen indischen Bundesstaat und kam Forderungen der Adivasi nach Selbstbestimmung nach. Dass diese nicht gewährleistet werden, liegt auf der Hand.

ZAG *In welchem Verhältnis steht die Adivasi- und Dalitbewegung zur organisierten Linken in Indien?*
Savier Diaz Es gab immer Spannungen zwischen den Basisbewegungen und den radikalen und revolutionären linken indischen Parteien. Sie bezeichneten uns häufig als pro imperialistisch, CIA unterwandert und »metaideologisch«. Erst während des Weltsozialforums 2004 in Bombay begann eine Phase der Annäherung. Dennoch gibt es zwischen den Basisbewegungen und der Linken große Differenzen. Denn nicht immer sind die Basisbewegungen modernistisch. Ihre Sprach- und Kulturvielfalt, ihr fehlender Nationalismus und ihre Landverbundenheit passen häufig nicht in modernistisch geprägte, häufig monolithische Gesellschaftskonzepte. Es gibt in der Organisation des Widerstands große Unterschiede, Annäherungen zwischen maoistisch operierenden Gruppen und den Adivasi- und Dalitorganisationen in Jharkhand gibt es kaum. ‹›

Anmerkungen **1** Die erste Kohlemine im indischen Jharkhand wurde 1774 eröffnet. 1843 begann die Förderung durch die britische Bengal Coal Company. Private indische Unternehmen wie die Tata Iron and Steel Company, kurz TISCO genannt, kamen Ende des 19. Jahrhunderts hinzu. Nach der Verstaatlichung der Minen 1970 und ihrer Zusammenführung in der Coal India Limited wurde die Produktion noch einmal gesteigert. Coal India betreibt heute 494 Minen und 15 Kohlewaschanlagen in Jharkhand, allerdings seit 1993 unter veränderten politischen Rahmenbedingungen. Seither wirbt die indische Zentralregierung um Investitionen transnationaler Minenunternehmen. Australische und kanadische Minenmultis wie White Industries und Met-Chem stiegen in die Kohleförderung in Jharkhand ein. Die geringe staatliche Kontrolle verspricht hohe Rendite, die finanzielle Absicherung durch die Weltbank ein geringes Investitionsrisiko. **2** Der indische Bundesstaat Jharkhand liegt am östlichen Rand Zentralindiens. Er besteht hauptsächlich aus einem Hochplateau, das sich über 85 Prozent der Staatsfläche erstreckt und von zahlreichen Flüssen durchzogen wird. Jharkhand wurde erst Ende des Jahres 2000 gegründet. Er ist der jüngste indische Bundesstaat und etwa ein Fünftel so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Das *Waldland*, wie Jharkhand übersetzt heißt, birgt zahlreiche Bodenschätze. Kupfer, Glimmer wie Muskovit, Asbest, Kohle, Bauxit, Eisenerz, Quarz, Kaolin, Kalkstein und Uran wecken die Begehrlichkeiten der rasant wachsenden indischen Wirtschaft genauso wie der nach Profitmaximierung strebenden transnationalen Unternehmen. **3** Kohle wird zur Erzeugung des riesigen indischen Strombedarfs benötigt, aber auch zur Stahlverhüttung, wenn auch nur in geringerem Maße, da die indische Kohle zu wasserhaltig ist. Der Tagebau, 60 Prozent der Gesamtkohleförderung, macht die Kohle aus Jharkhand billig. Im Jahr 2000 wurden per LKW oder Zug 417 Millionen Tonnen abtransportiert. Diese Kohle ist das Fundament des aktuellen indischen »Wirtschaftswunders«. **4** Jüngstes Beispiel sind die Ereignisse in Kaliga Nagar im indischen Bundesstaat Orissa vom 02. Januar 2006. Während einer Demonstration von 1.000 Adivasi gegen die Landenteignung für ein neues Stahlwerk der TATA-Gruppe schoss die Polizei in die Menge. Sechs Menschen starben sofort, zahlreiche wurden verletzt. Sechs der Verwundeten wurden in Polizeigewahrsam genommen. Als sie später von Polizisten ihren Angehörigen übergeben wurden, waren sie tot und ihre Leichen verstümmelt. Ihnen waren die Hände abgetrennt worden, den beiden Frauen fehlten die Brüste und den vier Männern die Genitalien.

DIE GUERILLA IN KOLUMBIEN ZWISCHEN AUFSTANDSBEWEGUNG UND POLITISCHER OPTION

EIN GESPRÄCH ZWISCHEN RAUL CELIK UND ALBERT ZECHERU, ZAG

In Kolumbien gibt es nach wie vor zwei aktive Guerillaorganisationen: die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und das Nationale Befreiungsheer (ELN). Wir fragten den Politologen und Publizisten Raul Celik, der zusammen mit Dario Azzelini Autor des Buches *Kolumbien. Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung* (ISP, Köln 1999) ist, zur Geschichte und dem politischen Potential dieser beiden Guerillaorganisationen.

ZAG *Die Guerilla in Kolumbien entstand zu einer Zeit, als, beeinflusst durch die erfolgreiche Revolution auf Kuba, eine Machtablösung der alten Eliten in vielen lateinamerikanischen Ländern realistisch erschien. Diese Option liegt nun in weiter Ferne. Heute wird die Guerilla in Kolumbien nicht selten mit Drogengeschäften in Verbindung gebracht. Ist sie noch politisch?*

Raul Celik Die kolumbianischen Guerillas sind eigentlich immer noch sehr stark ihren politischen Fundamenten der 1960er und 1970er Jahre verhaftet. Sie halten nach wie vor mit einer unglaublichen Hartnäckigkeit an den gleichen Forderungen fest, die seit den 1960er im wesentlichen die gleichen geblieben sind, nämlich: Landreform, Umverteilung der wirtschaftlichen Güter und eine politisch radikale Demokratisierung. Im Grunde könnte man der Guerilla vorwerfen, dass sie in diesem Sinne ein wenig konservativ und wahnsinnig altbacken ist. Das Interessante aber an der kolumbianischen Guerilla ist gerade, dass sie ihre Ziele so konsequent weiter verfolgt.

Der häufige Vorwurf, dass sie in eine Form der Bandenkriminalität übergegangen wären, ihren Kampf also fortsetzten, weil ihre Strukturen sich als reine Einkommensquelle nutzen ließen, ist falsch. Die Guerillagruppen, in denen die Anführer ein Interesse daran hatten, privat ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen und sich ein wenig wirtschaftlichen Wohlstand zu sichern, haben sich Anfang der 1990er Jahre demobilisiert und darüber eine Eintrittskarte zwar nicht in die politischen Eliten, aber doch in den politischen Mittelbau erhalten. Einige von denen sind dann auch im Staatsapparat untergekommen. Die Führer der FARC und ELN, das muss man wissen, sind alle Bauern, die zum Teil seit 40 bis 50 Jahren im Untergrund leben. Sie haben sich nicht korrumpiert, weil sie mit einer gewissen Sturköpfigkeit an ihren politischen Zielen festhalten. Sie sind damals wie heute ein radikaler Teil der Bauernbewegung.

ZAG *Wie sind die beiden noch heute aktiven Guerilla-Organisationen, die ELN und die FARC, politisch ausgerichtet?*

Raul Celik Die FARC ist eigentlich als der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei angetreten, die wiederum an der Sowjetunion orientiert war. Die sowjetische Linie für Lateinamerika war zu der Zeit explizit nicht revolutionär. Es galt Allianzen mit fortschrittlich bürgerlichen Parteien zu schließen und auf eine Demokratisierung der lateinamerikanischen Gesellschaften hinzuarbeiten. Auch um eine lateinamerikanische Rechte, wie sie die USA in Chile installiert hat, zu isolieren. Die Strategie der FARC war deswegen bis 1991 alles andere als revolutionär.

Die ELN hat sich dagegen an Che Guevaras »die Zeit ist reif« orientiert: die Verhältnisse sind reif, um einen Flächenbrand mit einem Funken zu entzünden. Man hat von daher immer auf eine revolutionäre Radikalisierung gesetzt.

Interessant ist, dass sich die Positionen beider Gruppierungen seit Anfang der 1990 Jahre praktisch ausgetauscht haben. Heute ist die ELN stark von der Notwendigkeit überzeugt, im Land eine politische Transformation voranzubringen, was nicht grundlegend mit einer Machtübernahme durch die Guerilla verbunden ist. Diese Transformation kann auch auf anderer Weise gesellschaftlich erzwungen werden, wenn sich die Kräfteverhältnisse wesentlich verschieben. Eine bewaffnete Gruppe ist in diesem Kräfteverhältnis dann nur ein Faktor.

Die FARC haben dagegen zeitweise versucht parlamentarische Politik zu machen. Sie sind dabei aber massiv verfolgt worden. Der Staat hat ihnen regelrecht den Krieg erklärt. Dies führte dazu, dass die FARC 1991/92 ihre Strategie geändert und auf den Aufbau eines Volksheers gesetzt haben. Sie verfolgten dies sehr konsequent, indem sie äußerst effektiv Einheiten aufbauten und sich militärisch stärkten. Zur Finanzierung dieses Krieges hat die FARC damals zudem begonnen, den Kokahandel im großen Stil zu besteuern. Ziel des Krieges ist es, die Oligarchie wirklich zu schlagen, womit nicht unbedingt gemeint ist, dass die FARC an die Macht kommt, sondern das sich eben erst einmal so etwas wie eine Regierung des demokratischen Übergangs installieren kann.

ZAG *Wenn wir nun kurz die Geschichte der Guerilla in Kolumbien betrachten: wie entstand dort der bewaffnete Kampf?*

Raul Celik Die Guerillageschichte ist eine spezifische in Kolumbien. Die Gruppen gehen nicht so sehr auf Gründungen von Studenten zurück, wie in anderen lateinamerikanischen Ländern, wo versucht wurde, den Kubanischen Weg zu kopieren. Die Studenten und die Gewerkschafter spielen in der kolumbianischen Guerilla zwar auch eine Rolle, doch hat der Kampf sehr viel mehr mit den Lebensbedingungen, vor allem der marginalisierten Landbevölkerung zu tun. Dann aber auch mit einer regelrechten Tradition der bewaffneten Rebellion in den Bauernfamilien, die sich seit der Jahrhundertwende in den zahlreichen Bürgerkriegen ausprägte. Dieses aufständische Element schreibt sich auch in den Biografien der Guerillakämpfer fort. Zum Beispiel ist Manuel Marulanda Vélez, der Kommandant der FARC, seit 1949 im Untergrund. Ebenso in der Biografie des Kommandanten der ELN Nicolás Rodriguez: dessen Großeltern waren bereits in den 1920er Jahren an einem Aufstand beteiligt. Er selbst ist seit seinem 14. Lebensjahr dabei.

ZAG *Gab es einen Punkt in der Geschichte der Guerilla, an dem man sagte, wir wollen mit Waffengewalt unsere politischen Ziele durchsetzten oder war von vornherein klar, dass eine Organisation auch Bewaffnung mit sich bringt?*

Raul Celik Man kann sagen, dass die FARC ihre Wurzeln in den Bauern Selbstverteidigungsgruppen der 1940er Jahre hat. Es gab von 1948 bis 1953 in Kolumbien einen Bürgerkrieg, bei dem die Kleinbauern wahnsinnig brutal verfolgt und massakriert wurden. Daraufhin bildeten sich liberale und kommunistische Selbstverteidigungsgruppen. Die FARC hat hier ihre Wurzeln. Dennoch ist sie aus keiner dieser Gruppen hervorgegangen, sondern formierte sich 1964/65 neu, zum gleichen Zeitpunkt wie die ELN. Aus den Selbstverteidigungsgruppen hatten sich bis dahin so was wie unabhängige Gemeinden herausgebildet, so genannte unabhängige Republiken, die so ähnlich funktionierten vielleicht wie die zapatistischen Gemeinden in Chiapas, die sich für autonom erklären. Sie waren damals sehr stark von der Kommunistischen Partei beeinflusst, aber sonst ähnlich: eine Autonomiebewegung innerhalb der bestehenden Verhältnisse. Diese selbstverwalteten Gemeinden wurden in einer großen Militäroperation angegriffen. Die FARC formierte sich, weil sie befürchtete, sonst vernichtet zu werden.

Bei der ELN war die Formierung der Versuch, die sozialistische Gesellschaft zu erreichen, indem man bewaffnet die Macht erobert. Das war insofern eine Resonanz auf die Ereignisse in Kuba. Aber es gab auch hier viele Anknüpfungspunkte zum Bürgerkrieg, der zu der Zeit ja erst 12 Jahre vorbei war.

ZAG *Wie groß ist die Guerilla?*

Raul Celik Die Führungsschicht bei der FARC, besteht aus etwa zehn Leuten, bei der ELN sind es wahrscheinlich nicht mal zehn, vielleicht fünf. Die Organisationen sind natürlich viel größer: die FARC besteht aus schätzungsweise 10.000, die ELN aus etwa 4.000 Kämpfern.

ZAG *Warum geht man heutzutage in die Guerilla?*
Raul Celik Die Motivation, warum die Leute heute zur Guerilla gehen, ist ein anderer, als zu Zeiten ihrer Entstehung: die Kämpfer sind sich politisch sehr viel weniger bewusst. Man ist dort aus einem sehr diffusen Ungerechtigkeitsempfinden oder einfach, weil man es schick findet, bei der Guerilla zu sein. Man kann aber auch zur Entscheidung gezwungen sein, entweder zu den Paramilitärs oder zur Guerilla zu gehen, weil der Druck von Seiten der Paramilitärs sehr groß ist. Es sind in diesem Sinne nicht sehr artikulierte Entscheidungen.

ZAG *Wie artikuliert sich die Guerilla politisch?*
Raul Celik Die Guerillas bekräftigen immer wieder, politische Opposition zu sein. Diese Versuche wurden jedoch immer mit brutaler Gewalt unterdrückt. Bestes Beispiel ist die bekannte Erfahrung der Linkspartei in Kolumbien, der Union Patriótica (Patriotische Union). Diese war eine Allianz von Sozialdemokraten, Sozialisten und der FARC, die von 1985 bis 1993 existierte. Die FARC hatte damals einen Waffenstillstand deklariert und wollte sich eigentlich perspektivisch legalisieren. Sie hatte auch bereits Leute in die Legalität zurückgeschickt. In diesen acht Jahren von 1985 bis 1993 sind 4.000 Aktivisten der Union Patriótica erschossen worden vom Staat, also von Todesschwadronen im Auftrag von Paramilitärs, die damals angefangen haben zu agieren. Es wurden letztlich alle Präsidentschaftskandidaten dieser Linkspartei und fast alle Bürgermeister umgebracht. Alle Parlamentsabgeordneten mussten entweder ins Exil oder wurden ebenfalls umgebracht.
Diese systematische Vernichtungspolitik gegen eine politische Strömung bekräftigt die These, dass in Kolumbien legaler politischer Widerstand nicht oder nur sehr begrenzt möglich ist.
Als absolute Minderheit werden solche linken Parteien geduldet, es gab bei den vor kurzem ausgetragenen Wahlen auch eine Linkskandidatur. Sobald sich aber eine solche in reale Option für einen Regierungswechsel verwandeln würde, würden die kolumbianischen Eliten erneut darauf zurückgreifen, diese Leute umzubringen.
Deswegen ist vielen Linken in Kolumbien klar, dass die Guerilla, auch wenn man ihr sehr kritisch gegenüber steht, nach wie vor eine Legitimität besitzt. Einfach deshalb, weil so viele legale Wege verschlossen sind.

ZAG *Gibt es dennoch irgendeine Art der Problematisierung der Bewaffnung?*
Raul Celik Es gibt natürlich auch in der Linken eine sehr starke Gegnerschaft gegen die bewaffneten Gruppen. Doch ist das eine etwas unfaire Diskussion, weil die Leute, die das vielleicht ein wenig relativierter sehen, gar nicht sprechen können. Du musst dich in Kolumbien, um als politischer Aktivist überhaupt zu überleben, gegen »den Terrorismus« positionieren, was zu ganz absurden Ergebnissen führt. Es gibt Leute, die sich ständig dagegen positioniert haben. Dann werden sie verhaftet und es stellt sich heraus, dass sie Aktivisten der FARC waren. So was hat es neulich erst gegeben. Nichtsdestotrotz ist diese Kritik natürlich sehr berechtigt. Es gibt eine sehr starke Militarisierung in den Guerillas durch den bewaffneten Konflikt selbst und durch die Dauer dieses bewaffneten Konflikts. Das ist natürlich ein großes Problem.

ZAG *Wenn du sagst, dass es eine relativ kleine Führungsschicht gibt, so lässt dies darauf schließen, dass die Guerillagruppen relativ hierarchisch organisiert sind. Ist dieses ein Effekt der Bewaffnung?*
Raul Celik Bei der Frage der Hierarchisierung sollte man vorsichtig sein. Das erste was einem dazu einfällt ist eben, dass Krieg zu Hierarchisierung führt. Ich würde sagen, das beispielsweise die ELN weniger hierarchisiert ist als – nach meiner Kenntnis – die Zapatisten in Mexiko.
Eine gewisse Führung ist gewiss unvermeidlich. Die Frage ist aber auch, wie man den Begriff fasst. Das spanische »Conduction« klingt nicht so abschreckend wie »Führung«. Und es geht natürlich auch darum, bei einer Organisation von mehreren tausend Leuten – die meisten sind schon viele Jahrzehnte dabei, andere erst ein paar Monate – eine gemeinsame Linie zu organisieren. Ich finde es erst mal nicht verwerflich, die Organisation zu zentralisieren, um gewisse Diskussionsprozesse zu organisieren und zusammenzutragen. Punkte, die man einwenden kann, sind, dass die Guerillaorganisationen oft nicht demokratisch und auch nicht auf der Höhe der Zeit waren und dass es Korruption gegeben hat. Das trifft allerdings auch für die politischen Linksparteien und für die linken Gewerkschaften zu. Diese Prozesse treten überall auf, wo die Linke aktiv ist.

ZAG *Wie wichtig ist die Bewaffnung im politischen Kampf?*
Raul Celik Wie schon gesagt, muss man bei den kolumbianischen Guerillaorganisationen, vor allem auch bei der FARC vieles kritisch anmerken. Und es muss konstatiert werden, dass so keine gesellschaftliche emanzipative Option eröffnet wird, weil sich beide Organisationen viel zu stark auf das militärische Projekt konzentrieren: darauf, effizient zu sein, Gebiete zu kontrollieren und dem Feind Niederlagen zuzuführen. Aber andererseits gibt es einen Grund, warum diese Organisationen so geworden sind, es gibt eine Legitimität für die Entscheidung, die sie vor vierzig Jahren getroffen haben, und es gibt eine Legitimität, warum sie das bis heute machen.
Es ist für Kolumbien oder möglicherweise auch für Lateinamerika wichtig, dass es diese Organisationen gibt, weil sie sich Modernisierungsprojekten entgegengestellt haben, namentlich den schon erwähnten Befriedungsprojekten von rechts. Ein weiterer Verdienst ist, dass die FARC und die ELN in bestimmten Gebieten die sozialen Bewegungen verteidigt haben. Obwohl diese sehr geschwächt wurden, sind sie in Kolumbien immer noch da – und das, obwohl jedes Jahr 3.000 bis 4.000 politische Morde verübt werden.
Daneben ist die Guerilla, gerade auch die ELN, längst nicht nur militärisch aktiv ist. Ein erheblicher Teil der Aktivisten der Guerilla ist, neben dem bereits genannten Beispiel, auch verdeckt in sozialen Bewegungen und politischen Organisationen tätig. Das trifft auch auf die FARC zu.

ZAG *Was für einen Bezug gibt es in der Guerilla auf die Nation oder auf Patriotismus?*
Raul Celik Bei beiden Organisationen ist dieser Bezug sehr wichtig. Beide sprechen vom Bolivarianismus. Dieser Begriff hat mit den Veränderungen in Venezuela an Bedeutung gewonnen, ist dort aber nicht entstanden. Dahinter steht die Berufung auf Simon Bolivar, den Unabhängigkeitsgeneral, der damals die ganze lateinamerikanische antikoloniale Unabhängigkeitsbewegung aus dem Boden gestampft und angeführt hat. Von den Linken wird Bolivar als jemand gesehen, der sehr früh nicht nur Antikolonialist war, sondern auch Antiimperialist. Jemand, der sich sehr früh gegen die Engländer und gegen die Amerikaner als jeweils neue Hegemonialmacht abgegrenzt hat. Sehr stark hat er auch den Begriff des Kontinentalismus geprägt und damit das Gefühl, eine lateinamerikanische Nation zu sein. Er war Republikaner, Sozialreformer (oder zumindest ein Gegner der

Sklaverei) und ein Anhänger des aus der Französischen Revolution kommenden Bildungsbegriffs, welcher beinhaltet, das ein Volk erst dann eine Nation wird, wenn es sich Bildung aneignet. Insgesamt steht er auch für die Werte der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Dies hat die antikoloniale Bewegung sehr stark geprägt. Zudem war er ein interessanter Partisanenführer: er wurde mehrmals vernichtend geschlagen und hat immer wieder mit den Unterschichten vor Ort, neue Aufständigenbewegungen aufgebaut.
Aus diesen Gründen ist Bolivar von der Lateinamerikanischen Linken neu entdeckt worden. Diese Neuentdeckung folgt auch einer Lesart gegen Marx: bei ihm kommt Bolivar schlecht weg. Für viele ist der Bolivarianismus ein Kristallisationspunkt, in dem die Nation ein ganz wichtiger Begriff ist.
Nation ist sozusagen der Begriff für die politischen Grundlagen, die in der Französischen Revolution so wichtig sind, also: Wer ist der Souverän? Der Souverän ist das Volk. Wer ist das Subjekt? Die Nation, mit der alle Bürger gemeint sind und nicht die Oligarchie. Die Bürger sind eben auch Schwarze und Indigene. Das alles ist an diesen Nationenbegriff gekoppelt.

ZAG *Aber ist der Begriff der Nation historisch nicht ziemlich problematisch?*
Raul Celik Natürlich ist der Begriff kritisch zu diskutieren. Dennoch finde ich, dass man die bolvarianische Version des Nationenbegriffs in der deutschen Debatte rechtfertigen muss, weil er eben diesen genannten Hintergrund hat. Dann aber auch deswegen, weil es kein exklusiver Nationenbegriff ist, sondern ein inkludierender – ein offener Nationenbegriff, der die Nachbarländer nicht ausschließt, sondern den Einschluss beinhaltet. Und nicht nur die lateinamerikanischen Nachbarländer, sondern – ähnlich wie bei Che Guevara – die des ganzen ausgebeuteten Südens.
Tatsächlich ist für den lateinamerikanischen Nationenbegriff zentral, dass ein wesentlicher Teil der Armut in Lateinamerika damit zu tun hat, das diese Länder keine souveräne Wirtschaftspolitik machen können. In dem Moment, wo sie nationale souveräne Wirtschaftspolitik machen können, verändern sich real auch die sozialen Bedingungen der Unterschichten. Das kann man jetzt in Argentinien ganz eindeutig nachvollziehen: in dem Moment wo Argentinien aufgehört hat, so wahnsinnige Summen für die Auslandschulden aufzubringen, hat sich die Situation für die Unterschichten deutlich entspannt. Das bedeutet in keiner Weise, dass der Kapitalismus in Argentinien jetzt abgeschafft wäre. Die argentinischen Eliten bereichern sich genauso wie vorher und trotzdem geht es der Unterschicht besser.
Der Begriff der Nation spielt bei der Guerilla nicht nur aus ideologischen Gründen eine Rolle, weil diese Linksnationalisten sind, sondern auch aus ganz handfesten Gründen. Allerdings sieht man beispielsweise an der venezolanischen Außenpolitik, wohin es führt, die Nation in den Mittelpunkt zu stellen und ein antiimperialistisches Lager zu formieren, das sogar den Iran mit in seine Bündnispolitik mit einschließt.

ZAG *Hat die Guerilla in Kolumbien eine Zukunft?*
Raul Celik Das ist natürlich schwer zu sagen. Die Geschichte halte ich nie für definiert. Wenn die Guerilla sagt: »Die werden uns nie schlagen, weil sie uns in hundert Jahren nicht geschlagen haben«, so halte ich das für kein Argument. Ich denke, wenn die Spitzen der FARC und ELN gefasst werden würden, dann würden die Guerillaorganisationen zerfallen wie das auch in Peru der Fall war. Aber bisher schaffte man es nicht und ich denke die Chancen stehen gut, dass das auch erstmal so bleibt.
Ich könnte mir auch gut vorstellen, dass die Guerilla noch eine ganz wichtige Rolle spielen wird. Man muss bedenken, dass der politische Apparat der Eliten, der ganze Staatsapparat, unglaublich instabil ist, weil sich eigentlich alle misstrauen. Alle haben mit dem Paramilitarismus Allianzen geschlossen. Es haben alle Leichen im Keller und Angst davor, dass dies an die Öffentlichkeit gelangt. Alle sind gegenseitig erpressbar. Es geht sogar soweit, dass die Parteiführer der beiden wichtigsten Fraktionen, die hinter Uribe, dem derzeitig amtierenden Staatspräsidenten, stehen, sich spinnefeind sind. Auf den einen ist ein Anschlag verübt worden, der von der Regierung der FARC zugeschrieben wurde. Der Betroffene selbst aber erklärte am selben Tag, dass er das Attentat Teilen der Regierungsparteien zuschreibe.
Polizei und Armee sind sich spinnefeind. Die letzten Anschläge, die in Bogota verübt wurden, haben sich als Anschläge der Armee herausgestellt. Die Pariamilitärschefs bringen sich gegenseitig um. Die herrschenden Eliten können also letztendlich sehr schnell kollabieren.
Ein zweiter Faktor ist, dass die Elendssituation sehr weit fortgeschritten ist. Die Konzentration an Land und Reichtum ist in Kolumbien sehr stark ausgeprägt.
Wenn es zu Hungerrevolten kommen sollte und sich ein Machtvakuum bildet, dann ist die große Frage, wer dieses füllt. Da spielen bewaffnete Gruppen eine gewisse Rolle.
Du kannst natürlich auch als linke Partei versuchen, das zu füllen, aber dann hast du in der Regel am nächsten Tag die Armee vor der Tür. Die stellt dann die alten Verhältnisse wieder her. Deswegen ist bewaffnete Macht in Lateinamerika nach wie vor ein riesiges Thema. Außerdem: in Kolumbien ließe sich, anders als beispielsweise in Venezuela die Armee sicher nicht für irgendein progressives Projekt gewinnen. Insofern hat die Guerilla nach wie vor eine wichtige Funktion. ‹›

REZENSION ZUM SCHWERPUNKT

FREIHEIT ODER GESCHÄFT?

TOBIAS FASSMEYER, ZAG

Anhand der Guerillaorganisation GAM (Gerakan Aceh Merdeka) auf Aceh in Indonesien, lässt sich die Veränderung einer anfangs rein separatistischen ethnonationalistischen Widerstandsbewegung zum teilkommerziellen Kriegsunternehmen nachzeichnen. Die GAM gehört nicht zu den Guerillabewegungen mit erkennbar primärem sozialrevolutionärem Ansatz, denn so »... erweckt die Exilregierung nicht den Eindruck, dass es ihr in einem unabhängigen Aceh primär um die Schaffung von sozialer Gerechtigkeit geht.« (Seite 150) Sie gehört zu den wenig sympathischen Vertretern ihrer Zunft, denn »aufgrund ihrer ethnischen Ressentiments gegen alle Nichtacehnesen und ihrer chauvinistischen Egozentrik (verdient sie (T.F.)) keinerlei Romantisierung.« (Seite 151f)

Die Parallelen zu einer Vielzahl anderer Guerillaorganisationen sind jedoch vielsagend. Das Hauptmanko dieser Organisation ist die inhaltliche Indifferenz, der Mangel einer politischen Idee und Perspektive, die es mittelfristig schwierig macht eine Mobilisierung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten beziehungsweise auszuweiten. Die ambivalente Interessenlage der Kriegsunternehmer sowohl auf Seiten der Guerilla, als auch auf Seiten der indonesischen Polizeikräfte und des Militärs führt zu einer Gemengelage, die eine Beendigung des Konflikts für beide Seiten wenig interessant macht, da beide Seiten von der Kriegsökonomie profitieren. Zwar handelt es sich bei dieser Guerillaorganisation nicht um eine kriminelle Organisation von Warlords, deren ausschließliches Interesse in der Aufrechterhaltung eines Bürgerkriegs als Einkommensquelle besteht, aber die über die Jahre stattgefundenen Veränderungen in der Struktur der GAM zeigen die Tendenz zur »ökonomischen Motivation« deutlich. Der Vorwurf gegenüber Guerillaorganisationen im Prinzip lediglich kriminelle Organisationen zu sein, wird weltweit grundsätzlich von den jeweiligen politischen Gegnern erhoben, da die Finanzierung einer Guerilla in der Regel nicht ohne zwielichtige Quellen auskommt. Der Kernunterschied liegt im ideellen Anspruch einer Befreiungsbewegung und der politischen Absicht. Wenn diese Ideale in den Hintergrund treten setzt die Transformation der Befreiungsbewegung zur Organisation von Wirtschaftskriminellen ein. Wann diese vollzogen ist, ist Interpretationsspielraum. Dass diese Gefahr grundsätzlich besteht und mit der Dauer des Bürgerkriegs nicht geringer werden dürfte, ist leicht nachvollziehbar, besteht doch für einen Großteil des bewaffneten Personals – je nach Ausgang des Kampfes – keine weitere Verwendung mehr, so dass die Perspektiven oft wenig verlockend sind.

Die Arbeit Antje Missbachs ist der sorgfältige Versuch eine Einschätzung der aktuellen Bedeutung der wirtschaftskriminellen Aspekte der GAM zu erreichen. Anhand dieser Untersuchung lassen sich die Schwierigkeiten einer eindeutigen Bewertung nachvollziehen und das Zusammenspiel verschiedener Aspekte und Umstände bei den politischen und militärischen Handlungen und Strategien erkennen, die sich teil- oder zeitweise widersprechen. Hierin liegen die Stärken der Analyse. Die einzige bittere Pille ist ihr Untersuchungsobjekt – die GAM, der auch bei sehr viel Wohlwollen keine progressive Ideologie attestiert werden kann – das Gegenteil ist der Fall, was allerdings die Unterdrückung, Ausbeutung und Brutalität des indonesischen Staates auf Aceh keineswegs rechtfertigt oder auch nur in irgend einer Weise entschuldigt. ‹›

Freiheitskämpfer oder Geschäftemacher? *Der bewaffnete Kampf der Gerakan Aceh Merdeka (GAM) unter Berücksichtigung klassischer und neuer Guerillatheorien.* A. Mißbach, Logos-Verlag, Berlin 2005, EUR 30,00





DEBATTE

ENSEMBLE ON NE SE LAISSE PAS FAIRE...

LISA BOLYOS UND DIETER BEHR

MIGRATION, AUSBEUTUNG UND WIDERSTAND IN DER INDUSTRIELLEN LANDWIRTSCHAFT AM BEISPIEL VON EL EJIDO, SPANIEN

Im Dezember geht die Tomatenernte los. Wenn im restlichen Europa die Temperaturen in den Minusbereich wandern, dann scheint in Almería bei durchschnittlich 16 Grad Celsius die Sonne auf rund 35.000 Hektar Polyethylen, das wie ein zweites Meer vor dem Mittelmeer liegt. Die Innentemperaturen in den Plastiktunneln steigen auf bis zu 50 Grad Celsius und lassen das Gemüse innerhalb kürzester Zeit erntereif werden. Der letzte Schritt der Reifung findet erst auf der Fahrt statt, auf der die FernfahrerInnen das Gemüse in alle Regionen Europas transportieren.
Gazpacho im Dezember, Caprese im Jänner, und im Februar Erdbeeren mit Schlagobers. Der Europäische (Super)Markt hat sich längst an ein Angebot gewöhnt, das, einer konstruierten Nachfrage folgend, nur unter bestimmten Konditionen möglich ist: dem quasi uneingeschränkten und regulationsfreien Zugang zu Wasser, Land, Erdöl, Saatgut, Agrochemie und, vor allem, billigen Arbeitskräften.
Almería ist nur das offensichtlichste, bei weitem aber nicht das einzige Beispiel für die menschenverachtende Logik des industriellen Obst- und Gemüsebaus. In Kalifornien, Mexiko, Österreich oder den Niederlanden ist das gleiche Phänomen zu variierenden Bedingungen zu beobachten. Die andalusische Provinz soll hier exemplarisch analysiert werden, um zu einem Verständnis jener Strukturen zu kommen, die dieses landwirtschaftliche Versorgungswunder möglich machen. Der Artikel stützt sich auf Fakten, die in einer mittlerweile sechsjährigen Solidaritätskampagne des Europäischen BürgerInnenforums (EBF) mit der andalusischen LandarbeiterInnengewerkschaft SOC (Sindicato des Obrers del Campo) zusammengetragen wurden. Mehrere fundierte Recherchen, Aufzeichnungen von Delegationsbesuchen und Kongressen ergeben eine Dokumentation des Lebens und Arbeitens im »Plastikmeer«.
Die Eröffnung eines sozialen Zentrums und Gewerkschaftslokals in El Ejido zum Anlass, nahmen wir im Dezember 2005 selbst an einer Delegation in die Region teil. Die Eindrücke und Informationen, die wir sammelten, sollen über die theoretische Analyse von Wirtschaftsstandorten hinaus helfen, ein Produktionskonzept zu verstehen, das Rassismus und Sexismus nicht nebenbei produziert, sondern das darauf als wettbewerbsbestimmende Standortfaktoren beruht.

VOM BRACHLAND ZUM WIRTSCHAFTSWUNDER

Bis in die Sechziger Jahre war El Ejido, heute die zweitgrößte Stadt der andalusischen Provinz Almería und drittreichste Stadt Spaniens, ein kleines FischerInnen-

dorf, an dem Spanien kein ökonomisches Interesse zeigte. Almería, das sich über 8.744 Quadratkilometer zwischen der Provinz Granada im Westen, der Region Murcia im Osten und dem Mittelmeer im Süden erstreckt, war damals kaum bewohntes Gebiet. Noch heute liegt die Provinz mit 70 EinwohnerInnen pro Quadratkilometer weit unter dem spanischen Durchschnitt.

Die wenigen KleinbäuerInnen, die unter der Franco-Diktatur in Almería zwangsangesiedelt wurden, bestellten das Land mit Mandeln, Orangen und Oliven, betrieben Schaf- und Ziegenzucht und fischten in den Küstengewässern. Großgrundbesitz war anders als für Restandalusien untypisch in Almería.

Ende der Sechziger, Anfang der Siebziger Jahre hielt das Plastik Einzug in Almería. Obgleich eine der gebirgigsten Provinzen, bot sich die Ebene zwischen den Hochgebirgszügen (der bekannteste davon die Sierra Nevada) und dem Mittelmeer aufgrund des Klimas und der Bodenpreise für den industriellen Gemüsebau an.

In den vergangenen vierzig Jahren ist das *mar del plastico* (Plastikmeer) auf rund 35.000 Hektar angewachsen. Almería wurde innerhalb kurzer Zeit zum flächengrößten und produktivsten Agrarstandort (vergleiche Weno 2005), und El Ejido wuchs mit 70.000 EinwohnerInnen zur zweitgrößten Stadt an. 80 Prozent der spanischen Gemüseexporte kommen mittlerweile aus Almería, von fünf Ernten pro Jahr und rund tausend LKWs täglich ist die Rede, die die Region während der Hauptsaison in Richtung Europäischer Supermärkte verlassen. Ein kleines Wirtschaftswunder im Süden Spaniens?

Im Februar 2000 erlangte Almería traurige Berühmtheit. In der kulturell kargen kleinen Stadt El Ejido jagte ein zentral organisierter, von offizieller Seite unterstützter Mob tagelang marokkanische MigrantInnen durch die Straßen, zerstörte Behausungen und Geschäftslokale und verlieh damit einem rassistischen Konsens seinen brutalsten physischen Ausdruck. Juan Carlos Checa, Professor für Soziologie an der Universität Almería, präsentierte am Podium des SOC-Kongresses in El Ejido im Dezember 2005 Ergebnisse seiner Rassismusstudie (Checa 2005), wonach 1,9 Prozent der lokalen Bevölkerung definitiv nicht xenophob seien.

Sehr langsam wird einer europäischen Öffentlichkeit klar, worauf dieses regionale »Wirtschaftswunder« beruht: auf der Logik der Ausbeutung, die bei den natürlichen Ressourcen beginnt und beim menschlichen Leben ihre brutalste Ausformung findet. Dennoch sind fünf Jahre nach den rassistischen Ausschreitungen keine wesentlichen Veränderungen spürbar: Die direkte Brutalität setzt sich fort – im März 2005 wurde Azzouz Hosni, marokkanischer Migrant und Gewerkschaftsmitglied der SOC, vor einem Café in El Ejido ermordet, im Oktober desselben Jahres fand eine Reihe gewalttätiger Übergriffe auf migrantische LandarbeiterInnen statt – und der Wirtschaftslogik des Wachsens oder Weichens mit all ihren Konsequenzen ist kein Abbruch getan. Obzwar das Geschäft mit dem Wintergemüse längst nicht mehr lukrativ ist und natürliche Ressourcen knapp werden, bietet sich das groteske Bild von Steilhängen, bezogen mit Plastiktunneln, wo in der Ebene kein Platz mehr ist.

Was in Almería bisher die schier endlose Zahl an billigen, unterdrückbaren Arbeitskräften bedingt, ist seine geographische Lage am Rande Europas. Vielen MigrantInnen dient die Region als Sprungbrett in ein Europa, in dem sie ihre eigenen Lebenskosten und eventuell auch die ihrer Angehörigen decken können.

Wer es von Marokko nach Melilla oder Ceuta und damit auf EU-Gebiet geschafft oder den langen Weg aus Lateinamerika hinter sich gebracht hat, verdingt sich entweder im Plastikmeer und seiner nachgelagerten Industrie, oder, was einen Großteil der Migrantinnen betrifft, in der Haushaltsarbeit und der Prostitution (vergleiche Rodríguez Martínez 2004). Migrationsströme, die nicht zuletzt durch globale ökonomische Ungleichheiten forciert werden, gekoppelt mit restriktiver Einwanderungs- und Aufenthaltspolitik, sorgen in der Region für ein Überangebot an Arbeitskräften.

Dennoch hat Almería eine geographisch naheliegende Konkurrenz zu fürchten: Marokko unterbietet nicht nur die Kosten für Ressourcen, sondern vor allem jene pro Arbeitskraft, und kann somit den Forderungen des internationalen Lebensmittelhandels nachkommen, wenn die LandwirtInnen Almerías bereits aufgeben müssen. Der Zwischenhandel, der die Produkte abnimmt und an Lebensmittelketten weiterverkauft, drückt die Preise so tief wie nur irgendwie möglich. Am 27. Oktober 2005 kam es infolgedessen zu Straßenblockaden durch LandwirtInnen. Hunderte Tonnen Gurken wurden auf den Transportstrecken der LKWs ausgekippt, um auf die ruinierende Preispolitik aufmerksam zu machen. Für ein Kilogramm Gurken bezahlten die GroßabnehmerInnen den LandwirtInnen zu diesem Zeitpunkt neun Cent.

Nicht nur die Ressourcen der BetriebsinhaberInnen steuern ihrem Ende zu, auch die Wasserknappheit, die bis vor kurzem noch durch Süßwasserlieferungen aus Mittelspanien ausgeglichen wurde, ist seit der Dürreperiode im Jahr 2005 akut. Für die bewässerungsintensiven Gemüsekulturen wird nunmehr damit begonnen, Meerwasser zu entsalzen. Rund 80 Prozent des Wassers im Mittelmeerraum verbraucht laut Studien des World Wide Fund for Nature (2005) allein die Landwirtschaft. Um einen Hektar Intensivgemüseproduktion während eines Tages zu bewässern, ist eine Menge von 10.000 Litern Wasser notwendig (Schilter und Sauvin). Dazu kommt ein stetig ansteigender Tourismus, der mit seinem Bedarf an Swimmingpools und Golfplätzen den Wasserverbrauch noch einmal steigert.

WIDERSTAND UND GEWERKSCHAFTSARBEIT

Seit sechs Jahren ist die andalusische LandarbeiterInnengewerkschaft SOC in der Region Almería aktiv. Der Beginn des Engagements war eine Reaktion auf die tagelangen rassistischen Ausschreitungen im Februar 2000. Gabriel Ataya M'Binky und Abdelkader Shasha waren von Beginn an als Gewerkschaftsaktivisten dabei und beteiligten sich an der Organisation des Streiks, den die MigrantInnen nach den Ausschreitungen ausriefen. Die SOC-Aktivisten sind beide nach Spanien migriert. Gabriel stammt aus Senegal, Abdelkader aus Marokko. Sie haben selbst mehrere Jahre hindurch in den Plastikgewächshäusern gearbeitet. Abdelkader erlitt 1998 bei der Arbeit in einem Gewächshaus einen Unfall, bei dem sein Oberschenkel von einer Maschine schwer verletzt wurde.

Die SOC ist eine wirksame Kraft gegen den rassistischen Konsens, der von den Landwirtschaftsverbänden, von den Behörden und weiten Teilen der Bevölkerung getragen wird. Anders als die großen Gewerkschaftsverbände erhält die SOC jedoch kaum öffentliche Förderungen.

Da die Treibhausregion weitläufig und arm an Infrastruktur ist, und weil die MigrantInnen systematisch von den Wohnsiedlungen der SpanierInnen ferngehalten werden, sind die AktivistInnen ständig auf Achse und besuchen die ArbeiterInnen vor Ort bei ihren Barackensiedlungen. Bei rassistischen Übergriffen insistieren sie gemeinsam mit den MigrantInnen bei der Polizei auf transparente Verfahren, unterstützen Legalisierungsprozesse, helfen, Löhne und annehmbare Unterkünfte einzufordern, und planen mit ihnen den organisierten Widerstand in Form von



Demonstrationen oder gegebenenfalls Streiks. Wichtiger Fokus der SOC in Almería ist der Aufbau von Gewerkschaftszentren, die den MigrantInnen als Anlaufstellen und soziale Zentren dienen sollen.
Neben der Verteidigung der elementaren Rechte der MigrantInnen hat die SOC auch langfristige Perspektiven: Angedacht ist der Aufbau eines freien Radios in verschiedenen Sprachen entlang der gesamten Küstenzone Almerías. Das Radio ist die Hauptinformationsquelle, über die migrantische TagelöhnerInnen verfügen. Es kann als Instrument für Kommunikation und Organisierung im Kampf dienen.
Um den grundsätzlichen Widerspruch zwischen Arbeit und Besitz an Produktionsmitteln aufzuheben, sollen selbstverwaltete landwirtschaftliche Kooperativen aufgebaut werden, wie sie in anderen Regionen Andalusiens bereits seit den Latifundienbesetzungen der 1970er und 1980er Jahre bestehen. Der Forderung der SOC nach *Tierra y Libertad* – Land und Freiheit – wird hier Ausdruck verliehen. In naher Zukunft sollen auf einer neuen Kooperative in den Bergen nahe Sevilla biologische Lebensmittel angebaut und von dort aus vertrieben werden.
Ein Schwachpunkt der Gewerkschaft liegt in einem politischen Bereich, der auch im progressiven Syndikalismus allzu oft als Nebenwiderspruch angesehen wird: Die Selbstorganisation, wie die offizielle Repräsentanz von Frauen innerhalb der Strukturen der SOC, lässt zu wünschen übrig. Angesichts der Tatsache, dass in der Verpackungsindustrie und bei der Erdbeerernte zum größten Teil Migrantinnen arbeiten, wäre gewerkschaftliche Arbeit oder Unterstützung der Selbstorganisation in diesen Bereichen ebenso notwendig wie in den Treibhäusern. Feministische Fragen wurden beim Kongress im Dezember 2005 vor allem dank der Soziologin Pílar Rodríguez Martínez von der Universität Almeria und Mercedes García Fornieles von der Vereinigung Mujeres Progresistas gestellt. »Es ist keine Frau hier. 35.000 sollten es sein.« verkündete Rodríguez Martínez einem vorwiegend männlichen Kongresspublikum. Was fehlt, ist eine konstruktive Auseinandersetzung mit der stereotypgeschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in landwirtschaftlicher und nachgelagerter Produktion und auch mit den Sturkturen der Gewerkschaft selbst, sowie mit den verschiedenen Formen und Ausprägungen von psychischer, physischer und sexueller Gewalt, der vor allem Frauen bei der Arbeit und zu Hause ausgesetzt sind. Auch die zusätzliche Verantwortung für Kinder in einer ohnehin schon prekären und aufreibenden (Migrations)Situation werden in der gewerkschaftlichen Arbeit nicht entsprechend ihrer Relevanz zum Thema gemacht, solange Frauen nicht aktiv mitorganisieren.
Seit die Sektion der Mujeres Progresistas in El Ejido unter dem Druck der rassistischen und sexistischen Öffentlichkeit nach den Ausschreitungen im Jahr 2000 die Stadt verlassen hat, ist die SOC die einzige linke und basisorientierte Vereinigung vor Ort. An ihr wird es auch liegen, neben dem Rassismus auch dem strukturellen Sexismus als alltäglichem und bewusst eingesetztem Unterdrückunsginstrument den Kampf anzusagen.

SOLIDARITÄT INTERNATIONAL ORGANISIEREN

Parallel zur Ausweitung des SOC-Betätigungsfelds auf die Region Almería begannen im Jahr 2000 auch vielfältige Aktivitäten in anderen europäischen Ländern. Von Beginn an war klar: Wenn wir von den AbnehmerInnenländern aus aktiv werden wollen, ist es aussichtsreich, sich mit den progressiven Kräften vor Ort zu solidarisieren und in Absprache mit den AktivistInnen den Widerstand auf unterschiedlichen Ebenen zu unterstützen.
Im Zuge der Solidaritätskampagne des Europäischen BürgerInnenforums wurden mehrere internationale Menschenrechtsbeobachtungsdelegationen organisiert, es entstanden Publikationen und Presseartikel, eine Vielzahl an Vorträgen, Pressekonferenzen und Aktionen fanden statt. In der Schweiz schrieben hunderte KonsumentInnen an die Supermarktkette Migros, um einzufordern, dass die Genossenschaft beim Einkauf die sozialen Produktionsbedingungen in Almería nicht weiterhin ignoriert. Protestbriefe aus ganz Europa langten bei der Präfektur in Almería ein, als die Behörden im März 2005 versuchten, den Mord an Azzouz Hosni als kleinkriminelle Bagatelle ohne rassistisches Motiv hinzustellen. Internationale VertreterInnen von Gewerkschaftsverbänden, Umwelt-NGOs und MigrantInnenorganisationen wurden in die Region eingeladen, um in ihren eigenen Ländern eine Multiplikatorwirkung bei Verbreitung der Information zu erzielen. Viele Aktionen waren erfolgreich, manche weniger. So wurde der (zu geringe) Druck auf die Supermarktketten von den Konzernen durch PR-Tricks relativ schnell neutralisiert (siehe Migros). Die Dynamik auf den Agraruniversitäten, die wir bei unserer Initiative für das Thema gewinnen wollten, ließ oft zu wünschen übrig.
Zwei Handlungsebenen wurden allerdings während der fortlaufenden Solidaritätskampagne erfolgreich beibehalten und sollten als besonders wichtig hervorgestrichen werden: Einerseits die Bereitschaft, schnell zu intervenieren und Öffentlichkeit herzustellen, falls es zu Angriffen auf MigrantInnen oder GewerkschafterInnen in der Region kommt.
Und zweitens, die SOC finanziell bei ihrer Zielsetzung zu unterstützen, in der Region Gewerkschaftszentren einzurichten, die den MigrantInnen als Treffpunkte, soziale Zentren und Orte für die Selbstorganisation dienen. Das erste Ziel auf dieser Ebene der Kampagne ist bereits erreicht: In El Ejido konnte die SOC Räumlichkeiten erwerben, die seit Mai 2005 genutzt werden. Als nächstes Etappenziel ist geplant, ein weiteres Gewerkschaftslokal in der Stadt Níjar, zirka 60 Kilometer östlich von El Ejido, einzurichten.

ILLEGALISIERUNG ALS STANDORTFAKTOR

Die Migrationspolitik in der Region Almería ist auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Arbeitskraft der MigrantInnen ausgerichtet. Den zirka 90.000 Zugewanderten werden die elementarsten Rechte aberkannt, gleichzeitig ist die industrielle Landwirtschaft und mit ihr eine Vielzahl an Menschen in der Region unbedingt auf ihre Anwesenheit als billige und flexible Arbeitskräfte angewiesen. Enciso Ruiz, der Bürgermeister von El Ejido, brachte das in einem Fernsehauftritt auf brutale Weise zum Ausdruck: »In der Früh brauchen wir die Arbeiter, am Abend sind sie überflüssig« (vergleiche Kalczicz). Mercedes von den Mujeres Progresistas formuliert es so: »Sie wollen keine Menschen, sie wollen Maschinen.« (EBF). Die Illegalisierung der MigrantInnen ist dazu ein notwendiges Instrument.
Umso mehr mag es überraschen, dass vom 07. Februar bis 07. Mai 2005 eine Regularisierungskampagne für Illegalisierte (proceso de normalización extraordinario) in Spanien stattfand, bei der etwa 700.000 MigrantInnen legalen Status erhielten. Dieser Schritt in der Migrationspolitik Spaniens ist im Vergleich zu anderen europäischen Länder progressiv, dennoch ist sie als Lösung der Probleme, die Illegalisierung mit sich bringt, mit Vorsicht zu genießen: »Regularization, however, is not a long-term solution, since the undocumented workers who are regularized are soon replaced by new workers. Attention to underlying reasons for why low wage sectors rely on the work of undocumented workers must be given immediate priority in order to create longterm solutions for the root causes of undocumented workers.« schreiben LeVoy

und Verbruggen in ihrem Bericht über undokumentierte ArbeitsmigrantInnen. Ohnehin schloss die Maßnahme jedoch einen großen Teil der Betroffenen in der Provinz Almería von vornherein aus. Bei den Behörden wurden Dokumente wie ein offizieller Wohnsitznachweis, ein Arbeitsvertrag und die Anmeldung bei der Sozialversicherung verlangt. Für Menschen, die in so genannten *chabolas* leben, Baracken aus Plastik- und Holzresten, und Tag für Tag auf Arbeitssuche in die Plastikgewächshäuser gehen, war das eine Unmöglichkeit. Während der Regularisierungskampagne wurden Arbeitsverträge zu 1000 bis 3000 Euro gehandelt (EBF).

Das Produktionsmodell in Almería funktioniert nur dann, wenn die ArbeiterInnen unorganisiert bleiben, sich nicht artikulieren oder auf ihre Rechte bestehen. Die Vorgabe der GroßverteilerInnen nach billigen Einkaufpreisen kann nur dann eingelöst werden, wenn die Unternehmen keine Sozialstandards einhalten müssen, die Löhne drücken können und nicht zu befürchten haben, dass die Ernte oder Pflege der Kulturen durch Streiks unterbrochen werden.

Seit den Ausschreitungen im Jahr 2000 und der darauf folgenden Niederlegung der Arbeit durch die Betroffenen begannen die Unternehmen, sich anderwärtig um Saisoniers umzuschauen. Die gezielte Rekrutierung von ArbeiterInnen aus Polen, den baltischen Ländern und Rumänien setzte ein. Unterschiedliche Löhne und Arbeitsrechte für konstruierte Gruppen von ArbeiterInnen aufgrund ethnischer und geschlechtlicher Segregation treten unmittelbar zueinander in Konkurrenz und setzen eine Abwärtsspirale bei Lohn- und Sozialstandards in Gang. Der Wettbewerb, der dadurch zwischen den verschiedenen Gruppen von MigrantInnen erzeugt wird, kann von den Agrarunternehmen gut für ihre eigenen Interessen ausgenützt werden.

Das soziale und ökologische Dumping und die niedrigen Ankaufpreise tauchen an anderer Stelle wieder auf: In Form von Profiten für die Handelskonzerne und Supermarktketten.

Moderner Kapitalismus braucht die kontrollierte Migration mehr oder weniger perspektivenloser Menschen. Die aktuelle Immigrationspolitik und die Grenzkontrollen, verbunden mit Quoten-Systemen für die legale Zuwanderung je nach konjunktureller Lage, sichern die notwendige Mischung von undokumentierten und legal angeworbenen Temporärarbeitskräften, die für ein Maximum an Profit bei den Unternehmen sorgen.

Patrick Taran, Projektkoordinator und Mitarbeiter des Internationalen Migrations-Programms (ILO) spricht von einer wohlgesinnten Toleranz bestimmter Staaten gegenüber schlechten Arbeitsbedingungen und nicht gesetzlich geregelten Situationen, die irreguläre Arbeit anziehen (EBF). Dies scheint in einigen Staaten anerkannte politische Praxis zu sein, und zementiert damit eine nicht tolerierbare Form der Segmentierung des Arbeitsmarkts, die nicht nur für die ArbeitsmigrantInnen Konsequenzen hat: Es entsteht eine neue Form von Sub-Proletariat, das sich aus Temporär- beziehungsweise Leiharbeitskräften zusammensetzt, die wechselseitig in einer Art permanenter Rotation, die aber immer prekär bleibt, ersetzt werden.

BEWEGUNGSFREIHEIT UND SOLIDARÖKONOMIE

Der antirassistische Kampf um die Rechte der ArbeitsmigrantInnen und ihr Empowerment muss die Grundforderung nach der Bewegungsfreiheit aller Menschen beinhalten, bei gleichzeitiger Abschaffung nationalstaatlicher Konstrukte und den damit einhergehenden identitären Zuschreibungen. Migration und die freie Begegnung von Menschen jeglicher Herkunft ist Grundparadigma einer emanzipierten Gesellschaft. Solange aber keine globale Verteilungsgerechtigkeit erreicht ist, findet Migration auch unter Zwangssituationen statt, die von der Hoffnung einzelner Menschen geprägt sind, der Misere zu entfliehen.

Die ökonomisch reichen Staaten, die Migrationsziele sind, müssen ihre selektiven Kriterien für die Einreise aufgeben und frei Asyl, auch sogenanntes »Wirtschaftsasyl«, gewähren. Allzu oft wird deutlich, dass die Flucht von Menschen aus Krisengebieten gerade durch westliche Wirtschaftsinteressen verursacht wird. Auf dem afrikanischen Kontinent zählen Erdölförderung in Nigeria, Raubbau an den Wäldern Liberias, oder Tantalabbau in der DR Kongo zu den brutalsten Beispielen der Vertreibung von Menschen aufgrund der Aktivität multinationaler Konzerne (vergleiche no-racism.net; Weiss und Werner). Der systematische Charakter dieser Entwicklungen liegt in der Funktionsweise des Neoliberalismus: Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Standortwettbewerbs durch Marktöffnung und Preisdruck sind viele KleinbäuerInnen in Afrika, Lateinamerika und Asien gezwungen, in die Städte oder in den Norden zu migrieren.

Frank Biermann spricht von »Umweltflüchtlingen« als einer eigenen, wenn auch schwer abgrenzbarern Katgeorie, die in die Rechtssprache der Ministerien und Einwanderungsbehörden der EU allerdings noch keinen Eingang gefunden hat. Die Ausbreitung von Wüsten, Ressourcenknappheit, ökonomische Perspektivlosigkeit und das nicht-konkurrierenkönnen mit Billigimporten werden als Fluchtgründe nicht anerkannt.

Wenn die Lebensgrundlagen zerstört werden, bleibt allerdings keine Wahl – Migration in die Städte oder in den Norden ist dann noch mehr als ein Grundrecht, auf das mensch bestehen muss – es ist die einzige Perspektive und oft überlebensnotwendig.

Vor dem Hintergrund all dieser Aspekte der Migration stürmten im Oktober 2005 an den Grenzen der spanischen Exklaven Ceuta und Melilla hunderte afrikanische Flüchtlinge unter Einsatz ihres Lebens den doppelten, mittlerweile auf sechs Meter erhöhten Stacheldrahtzaun, um von Marokko in die Europäische Union zu gelangen. Im Verlauf dieser Ereignisse starben 16 Menschen, etwa 4.000 Personen wurden von den marokkanischen Behörden in ihre Herkunftsländer abgeschoben.

Im Bezug auf den Kampf für die Rechte illegalisierter ArbeitsmigrantInnen in Europa spricht die Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants, PICUM (LeVoy und Verbruggen), von zehn notwendigen Strategien, die auch aus dem Blickwinkel der Solidaritätskampagne des EBF als sinnvoll erachtet werden können: Öffentlichkeitsarbeit und KonsumentInnenkampagnen, Sammlung und Dokumentation von Datenmaterial, Information der ArbeiterInnen über ihre Rechte, Empowerment, gewerkschaftliche Organisation, vorsorgende Arbeit mit den UnternehmerInnen zur Feststellung der Verantwortung für das Einhalten fairer Arbeitsbedingungen, kollektive Aktionen gegen Ausbeutung und Missbrauch der ArbeiterInnen, Einforderung des Rechtsanspruchs illegalisierter ArbeiterInnen, Zusammenarbeit mit Regierungsstellen zu diesem Zweck und Rechtsbeistand für illegalisierte ArbeiterInnen. Auch den zentralen Forderungen, die PICUM an die AkteurInnen der institutionalisierten Politik stellt (ebenda) – politische Wahrnehmung illegalisierter ArbeitsmigrantInnen und die Eröffnung einer politischen Debatte sowie die rechtliche Absicherung durch die Ratifizierung der Internationalen Konvention von 1990 zum Schutz der Rechte aller ArbeitsmigrantInnen und ihrer Familienmitglieder durch alle EU-Mitgliedsstaaten – kann mensch sich in der Soliarbeit anschließen.

In der Diskussion um individuelle Handlungsmöglichkeiten ist es häufig der Konsum, an dem (in den konsumkräftigen Industriestaaten) angesetzt wird, wenn es um die Abschaffung von Ausbeutungsverhältnissen an den Orten der Produktion geht.

Der Wunsch, innerhalb des bestehenden Konsumsystems das »Richtigere« zu tun, findet meist im Kauf ökologisch zertifizierter oder mit Fair-Trade-Siegel gekennzeichneter Produkte seine Erfüllung. Die Möglichkeit, diese Waren zu kaufen und die Initiativen, die darauf zurückgehen, sind ein wichtiger Ansatz, sie stärken aber nicht von vornherein die Position der KleinbäuerInnen und ArbeiterInnen. Es fehlen konsequente Forderungen und die Information der KonsumentInnen: Während Soziallabels in Form von Fair-Trade-Zertifizierungen für die Produktion außerhalb Europas anerkannt und erwünscht sind, wird oftmals angenommen, dass Arbeitsbedingungen, die solcher Kontrolle bedürften, in Europa nicht existieren. Die industrielle Gemüse- und Obstproduktion beweist das Gegenteil. Die Entscheidung für ökologisch und/oder sozial zertifizierte Produkte ist nicht falsch oder nichtig; wichtig ist nur, sich als KonsumentIn über die Reichweite der eigenen Kauf-Entscheidung im Klaren zu sein – sie bedeuten nicht per se den Schritt hinaus aus der kapitalistischen oder industriellen Produktion. Wer sich in Almería nach EU-Richtlinien zertifizierte und demnach ökologisch wirtschaftende Treibhaus-Betriebe ansieht, wird wenig davon finden, was landläufig und auch zurecht mit dem Begriff der Ökolandwirtschaft assoziiert wird. Der kapitalistische Markt hat die »Alternativen« längst internalisiert.

Wenn wir hier auch nicht pauschal eine Anleitung zum »richtigen« Konsum geben können, können wir doch feststellen, dass es sozial, gesundheitlich und ökologisch eine sinnvolle Alternative ist, Lebensmittel aus kleinbäuerlicher und regionaler Produktion zu beziehen. Zertifizierung ist dabei nicht das entscheidende Kriterium – wichtiger sind direkte, solidarische Kontakte zum Land, wie sie zum Beispiel in Form von ErzeugerInnen- VerbraucherInnen-Kollektiven bestehen (vergleiche Loziczky).

Darüber hinaus ist es für wirksame Aktionen unumgänglich, sich mit den AkteurInnen der Arbeitskämpfe an Ort und Stelle zu koordinieren. Die VertreterInnen der SOC in Almería kennen die Bedeutung der industriellen Produktion für die MigrantInnen: Angesichts der Ausbeutung ist es absurd, von einer »win-win«-Situation zu sprechen – dennoch stellt die Industrie für sie oft die einzige Möglichkeit dar, bei ihrer Ankunft in Europa irgendeine ökonomische Chance zu haben – denn die agroindustrielle Produktion braucht billige Arbeitskräfte, und so wird für einige, wenn auch mit Restriktionen und prekären Lebensverhältnissen gekoppelt, die Einreise in die EU möglich.

In diesem Sinn braucht ein Engagement gegen menschenverachtende Produktionssysteme wie in Almería immer die Rücksprache mit denen, die vor Ort leben, arbeiten und kämpfen.

Um nicht nur die industrielle Produktion zu reformieren sondern parallel bereits den Aufbau von Alternativen voranzutreiben und langfristige Perspektiven für die Emanzipation der ArbeiterInnen im Blickfeld zu behalten, organisiert die SOC auch Landbesetzungen und den Aufbau selbstverwalteter Kooperativen. Diese Praxis folgt der Idee der Überwindung der kapitalistischen Produktion: Wo keine Substandard-Arbeitsverhältnisse existieren, können sie auch nicht im Wettbewerb nach unten vergeben werden.

Ebenso müssen wir Wege diskutieren, wie Menschen das Grenzregime umgehen und ohne Gefahr nach Europa kommen können, beziehungsweise wie sie dabei unterstützt werden können.

Antirassistischer Aktionismus und Kreativität in der Umgehung von Grenz- und »Fremden«-gesetzen sind ebenso gefragt wie das Erlernen einer alltäglichen Solidarität mit allen, die aufgrund rassistischer und sexistischer Gesetzgebungen oder Umgangsformen keinen Zugang zu ihrem Recht auf ein gutes Leben haben. ‹›

ANMERKUNGEN **1** Aufschrift eines Demo-Transparents der internationalen Delegation beim Besuch der SOC in Almería, Dezember 2005 **2** Unterstützungsbeiträge für das SOC-Gewerkschaftszentrum in Níjar sind sehr willkommen und können auf folgendes Konto überwiesen werden: Europäisches BürgerInnenforum, Österreich; Posojilnica Bank, Konto-Nummer 8055451, Bankleitzahl 39130. Nähere Informationen über die Solidaritätskampagne bei lisa@frauenweb.at, dieterbehr@yahoo.de

LITERATUR Bericht über die Kampagne zur Unterstützung der SOC-Almeria, August 2004 bis Juli 2005 ***Umweltflüchtlinge.*** *Ursachen und Lösungsansätze.* Frank Biermann, In: Das Parlament 11/2001, Beilage ***Präsentation von Studienergebnissen*** *zum Kongressbeitrag Condiciones de vivienda, salud e integración social de los inmigrantes en Almería.* Juan Carlos Checo, Kongress der SOC in El Ejido, 03. Dezember 2005 ***Arbeitsverhaltenskodex*** *für den Bereich Früchte und Gemüse,* Coop, Internet: http://www.coop.ch/nachhaltigkeit/social/fruit-de.htm ***Zum Beispiel El Ejido.*** *Anatomie eines Pogroms.* EBF Europäisches BürgerInnenforum, Eigenverlag, Basel ***Bittere Ernte.*** *Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas.* EBF Europäisches BürgerInnenforum, Eigenverlag, Basel ***Internationale BeobachterInnendelegation*** *Almería. El Ejido und Huelva. Andalusien, Spanien (05. bis 12. März 2005),* Im Internet: ttp://www.civic-forum.org/index.php?lang=DE&site=MIGRATION&article=706 ***Migration, Autonomie, Ausbeutung.*** *Fragen und Widersprüche.* EBF Europäisches BürgerInnenforum, Im Internet: http://www.civic-forum.org/index.php?lang=DE&site=MIGRATION&article=680 ***Land unter Plastik.*** *Die soziale Wüste Andalusiens,* Monika Kalczicz, Im Internet: http://www.civic-forum.org/index.php?lang=DE&site=MIGRATION&article=741 ***Ten Ways*** *to protect undocumented Migrant Workers,* Michele LeVoy und Nele Verbruggen, Picum, Brüssel 2005 ***Kooperationsformen zwischen Bauern/Bäuerinnen und VerbraucherInnen.*** *Wege zu einem solidarischen Wirtschaften im ökologischen Landbau anhand von ausgewählten Beispielen.* Tanja Loziczky, Diplomarbeit, Universität für Bodenkultur, Institut für ökologischen Landbau, Wien 1997 ***Verhaltenskodex.*** Migros, 2005, Im Internet: http://www.engagement.ch/de/DesktopDefault.aspx/tabid-36/85_read-568 ***deportatiNO.*** no-racism.net, 2005, Im Internet: www.no-racism.net/deportatiNO ***Hacia una sociología del género y las migraciones.*** *identificaciones de sexo-género de las mujeres migrantes británicas y marroquíes en Almería,* Pilar Rodríguez Martínez, Disseratiton, Universidad Complutense de Madrid 2004 ***Région d'Alméria (Andalousie, Espagne).*** *Une catastrophe sociale et environnementale (l'autre syndicat, SIT),* Christine Schilter und Philippe Sauvin, Genf 2005, unveröffentlichtes Dokument ***Das neue Schwarzbuch Markenfirmen.*** *Die Machenschaften der Weltkonzerne,* Hans Weiss und Klaus Werner, Deuticke Verlag, Wien 2003 ***Mar del Plástico.*** *Wo unser Gemüse wächst,* Marianne Weno, Stiftung Naturschutz 2005, Im Internet: http://www.stiftung-naturschutz.de/aktuelles/kolumne/august_2005.php

DIESER ARTIKEL ist 2006 schon erschienen in ***Zwischen Konkurrenz und Kooperation.*** *Analysen und Alternativen zum Standortwettbewerb* ATTAC (Herausgeber), Mandelbaum Verlag, Wien 2006

REZENSIONEN

MACHT-FANTASIE UND GRÖSSENWAHN

NILS BARATELLA

»Für mich gibt es verschiedene Gruppen von Andersartigen. Das ist einmal die Rasse der Juden, der Schwarzen, der Zigeuner, der Alis (Türken) und der Asiaten. Ich sehe sie, weil sie alle ihre dominierenden Gene tragen, als Feinde an, weil die uns von den Genen her unterlegen sind, weil die uns aber von der Dominanz her größer sind.« (Seite 77)

Dieses Zitat eines rechtsradikalen Jugendlichen macht die Widersprüchlichkeit rechtsradikaler Einstellungen deutlich, wie sie schon in vielen Studien herausgearbeitet wurde. Der Rechtsradikalismus zeichnet sich dadurch aus, dass die Macht von als fremd empfundenen Gruppen und/oder Personen überhöht wird, um die Bedeutung des eigenen politischen Engagements und gewalttätigen Handelns zu rechtfertigen. Die imaginierte Gefahr von »zuviel Ausländern« verschafft der NPD regelmäßig gerade in solchen Wahlkreisen hohe Stimmgewinne, in denen es vergleichsweise wenig Nicht-Deutsche gibt. Gängig sind Interpretationen, die diese Erfolge auf real empfundene Verluste und Benachteiligungen (wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit, oder den Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten) zurückführen. Birgit Rommelspacher schlägt in ihrem neuen Buch allerdings einen anderen Ansatz vor: In den Bedrohungsfantasien Rechtsradikaler werde kein realer Bezug zu politischen Entwicklungen deutlich, vielmehr seien sie eine Konsequenz aus der Befürchtung, »dass Gleichheit von denen eingefordert werden könnte, denen gegenüber man sich bevorrechtigt wähnt und überlegen fühlt. Dann wird in der übersteigerten Bedrohungsfantasie vor allem der eigene Dominanzanspruch sichtbar.« (Seite 78)

Die Herausstellung dieses Dominanzanspruchs ermöglicht es Rommelspacher, die Querverstrebungen rechtsradikaler Ideologie mit gängigen Einstellungen aus der Mitte der Gesellschaft hervorzuheben, da Rommelspacher davon ausgeht, dass der rechtsradikale Dominanzanspruch gegenüber »Fremden« in ähnlicher Form auch in der Mehrheitsgesellschaft vorhanden ist. Damit verdeutlicht sie, dass rechtsradikale Ideologie keineswegs außerhalb des herrschenden Diskurses steht, sondern von diesem aufgenommen und rezipiert werden kann. Gestützt wird die gesellschaftliche Aneignung rechtsextremer Positionen Rommelspacher zufolge dadurch, dass die personelle Struktur der rechten Szene Deutschlands keineswegs homogen ist. Vielmehr sind dort alle gesellschaftlichen Gruppierungen (bis auf Nicht-Deutsche) vertreten und rechte Positionen keineswegs nur in rechten Parteien und Gruppen zu finden. In den meisten politischen Fraktionen lassen sich strukturelle Ähnlichkeiten finden.

Rommelspacher zeigt Parallelen zwischen rechten Positionen und ihren Entsprechungen bis ins linke Lager hinein. Die Parallelen mit Linken seien vor allem in einer verkürzten Kapitalismus-Kritik und in der Kritik an den USA auszumachen. Bei einer Interviewpartnerin, die über ihren Ausstieg hinaus immer noch von einer »ungeheuren Anteilnahme für das Schicksal des palästinensischen Volkes, die bis zum heutigen Tage in einem unaussprechlichen Maß noch präsent ist« spricht, scheint diese Anteilnahme ein zentraler Motivationsgrund für ihre neonazistischen Aktivitäten gewesen zu sein. Rommelspacher: »Ihre emotionale Anteilnahme am Schicksal der Palästinenser ist extrem. Dabei steht diese emotionale Betroffenheit in einem harten Kontrast zu ihrer völligen Empathielosigkeit gegenüber den Juden« (Seite 40).

Zwar wähnen sich viele Rechtsradikale als innerhalb der Gesellschaft an den Rand gedrängt, gleichzeitig betrachten sie sich jedoch als Vertreter und Vollstrecker eines gemutmaßten »Volkswillens«. Diese Selbsteinschätzung resultiere vor allem daraus, dass gewisse Elemente rechtsradikaler Ideologie wie die Angst vor »Überfremdung« und vor ökonomischer Konkurrenz durch Ausländer mit einem spezifisch deutschen nationalen Selbstverständnis einhergingen. Dieses habe sich historisch in der Abgrenzung zu einem »Außen« konstituiert und sei, weit über

die Rechte hinaus, bis heute verbreitet. In der nationalen Identität Deutschlands spielten demokratische Traditionen darüber hinaus eine vergleichsweise geringe Rolle. In diesem Zusammenhang verweist Rommelspacher auf die von Heitmeyer unter anderem durchgeführte Sinus-Studie, der zu Folge zwischen 1994 und 2001 zwischen 40 und 45 Prozent der Befragten Angst vor »Überfremdung« geäußert hätten. 2005 vertraten nach Heitmeyer gar 60 Prozent der Deutschen die Meinung, es gäbe zu viele Ausländer in Deutschland. Doch nicht nur bezogen auf den Alltagsrassismus fühlen sich viele Rechtsextremisten als eigentliches Sprachrohr der deutschen Bevölkerung, sondern auch in ihrer Kritik an der Außenpolitik der USA, in ihrem offen vertretenen Antisemitismus und der Verharmlosung des Nationalsozialismus, beziehungsweise der Forderung nicht mehr »ständig« mit den NS-Verbrechen konfrontiert zu werden. Gerade das ambivalente Verhältnis zur Geschichte des Dritten Reiches scheint bei den Rechten, die in dem Buch zur Sprache kommen, strömungsübergreifend wichtig zu sein. Einerseits werden eigene Großmachtfantasien und Idealvorstellungen auf die Zeit des NS projiziert, andererseits müssen dessen Verbrechen, insgeheim gut geheißen, geleugnet werden.

Der Rechtsextremismus ist nach Rommelspacher in den konkreten kapitalistischen (was Rommelspacher aber nicht explizit als solche bezeichnet) Verhältnissen verankert und resultiert aus ihnen. Er reagiert nach Rommelspachers Verständnis auf eine historisch gewachsene starke Diskrepanz zwischen dem Egalitätsanspruch moderner Gesellschaften und den realen Ungleichheitsverhältnissen in diesen. Die Antwort des Rechtsextremismus auf diese Diskrepanz ist der Versuch, »die gesellschaftliche Dynamik in Richtung Dominanz [zu] verschärfen (...) und deshalb [werden] Egalitätskonzepte in jeder Form bekämpft. ... Die Bedrohung durch die anderen wird so übersteigert, dass die Verteidigung der eigenen Privilegien als berechtigte Abwehr von eigener Zurücksetzung erscheint« (Seite 135).

Literatur von und über Aussteiger aus der Neonazi-Szene, sowie von der Autorin selbst geführte Interviews bilden das empirische Material, anhand dessen der theoretische Ansatz überprüft wird. Gefragt wird, wie und warum die ehemaligen deutschen und schwedischen Neo-Nazis in die Szene kamen, wie sie diese Zeit erlebten und warum sie letztendlich ausstiegen. Attraktiv sei für die meisten Protagonisten an der rechten Ideologie offensichtlich gewesen, dass sich ihr jugendlicher politischer Idealismus mit dem Machtanspruch und übersteigertem Selbstwertgefühl innerhalb der rechten Gruppen verbunden hätte.

»Dabei bezieht sich der Machtanspruch nicht allein auf die politisch-ideologische Ebene, sondern ebenso auf die sozialen Beziehungen wie auf die individuelle Psyche.« (Seite 60) Allerdings würden die Projektionen häufig enttäuscht, da in diesen Gruppen weder die Solidarität gelebt, noch der Gedanke »Deutschlands Elite« zu sein, aufrechterhalten werden könne. Diese Enttäuschungen beruhen für Rommelspacher nicht nur auf der spezifischen Struktur der Gruppen, »sondern auch aus einer spezifischen Leere im Rechtsextremismus, die im Kontrast zu seinen »großen« Ideen steht. An die Stelle politischer Analysen treten Selbstvergewisserungsrituale.« (Seite 198)

Am Schluss des Buches stellt die Autorin Strategien gegen den Rechtsextremismus vor, die sich auf die verschiedenen Konzepte von Aussteiger-Projekten beziehen. Gerade hier, so Rommelspacher, sollte der Rechtsextremismus keinesfalls als Randphänomen betrachtet und dadurch entpolitisiert werden. Vielmehr sei der Rechtsextremismus eine Problematik, welche die gesamte Gesellschaft betreffe. Daher sei es nötig, die Protagonisten mit ihren politischen Ansichten zu konfrontieren und diese zu hinterfragen.

Eine solche Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ist sicherlich notwendig. Doch bleibt zu fragen, ob Neonazis durch bloße Diskussion tatsächlich dazu bewegt werden können, ihre politische Positionierung zu überdenken. Noch aktive, überzeugte Nazis kommen bei Rommelspacher jedoch nicht zu Wort. Es ist denkbar, dass sich die Autorin vom reumütigen Ton der Aussteiger hat verleiten lassen, die Möglichkeiten auf diesem Gebiet als zu optimistisch einzuschätzen. ‹›

Der Hass hat uns geeint *Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene.* Birgit Rommelspacher, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2006, EUR 19,90



SICHERHEIT DISKURS UND KRITIK

TOBIAS FASSMEYER, ZAG

Die verlockenden Aussichten des Informationszeitalters weckten schon immer Begehrlichkeiten aller Innenpolitiker. Seit 9/11 hat er wieder eine Forcierung erfahren, der Sicherheitswahn. Dieser war dezidiert nicht das Objekt der Untersuchungen von Thomas Kunz. Denn eine Zäsur im »Muster der Feindbildung« ist er nicht, es ist »vor allem eine Intensivierung von Feindbildbezügen zu konstatieren, die mehr als bisher auf der Betonung der Attribute fremd und ausländisch basieren« (Seite 18). Ohne den Sicherheitsdiskurs vor dem 11. September zu kennen, hängt eine Analyse danach in der freien Luft.

Anfangs der 70er Jahre kam die Kritik an der Inneren Sicherheitspolitik einzig von Seiten der Linken, die zum Teil selbst das Objekt der Maßnahmen waren. Dies änderte sich zu Beginn der 90er Jahre. Der Aufstieg des »kriminellen Ausländers« zum Leitfeindbild brachte zwar nur ein Verblassen der vormaligen Feindbilder mit sich, bedeutete aber eine gravierende Veränderung. »Korrespondierten mit den staatlich inszenierten Feindbildern der 1970er- und 1980er-Jahre noch politische Szenen mit entsprechenden publizistischen und intellektuellen Infrastrukturen, die den Versuchen der Ausgrenzung qua Kriminalitätszuweisung in einem gewissen – und nicht geringen – Rahmen durchaus Paroli bieten konnten, ist dies für die pauschal unter Generalverdacht gestellte und kraft Kriminalitätszuweisung überhaupt erst homogenisierte Gruppe sogenannter Ausländer faktisch so gut wie nicht möglich.» (Seite 366)

Dass die Kritik daran von den über Jahre etablierten und professionalisierten Teilen der früheren Aktivisten übernommen wird, enthält eine neue Problemlage. Denn Thomas Kunz analysiert diese Kritik als paternalistisch. Und diese paternalistische Kritik hat die paradoxe Logik die Abhängigkeit der Betroffenen zu verdoppeln, die damit einerseits von der staatlichen Politik, aber andererseits

dann auch noch vom Wohlwollen des kritischen Diskurses abhängig sind. »Mag man die paternalistische Inschutznahme angesichts der gegenwärtigen Alternativlosigkeit im Grunde auch befürworten, so reproduziert sie dennoch die Passivität und den Objektstatus derer, die bereits kraft staatlicher Repressionspolitik zu Objekten, zur Verschiebemasse gemacht werden« (Seite 367).
Die Verschiebung des zentralen Objekts im Sicherheitsdiskurs auf eine rassistische Kategorie, der des Ausländers, ist die wesentliche Änderung. Inwiefern die rotgrüne Koalition dieser Verschiebung sich widersetzte oder – die Vermutung liegt weit näher – sie zumindest tolerierte, wenn nicht sogar förderte, wäre die sinnvolle Fortsetzung des Buches. Denn der Verdienst des Buches liegt im dezidierten Nachweis und der Bestätigung der pessimistischen Verdachtsmomente. Wer auf diesem Gebiet nie Erfreuliches erwartet hat und erhofft, kann belegen warum. ‹›

Der Sicherheitsdiskurs *Die Innere Sicherheitspolitik und ihre Kritik.* Thomas Kunz, Transcript Verlag, Bielefeld 2005, EUR 29,80



POETIK DES FUSSBALLS

ALBERT ZECHERU, ZAG

Die WM scheint seit geraumer Zeit vorbei. Und auch Sönke Wortmann wird die enttäuschten Fans über das verfehlte Wunder von Ber(li)n kaum trösten können. So entschlossen er die deutsche Nationalmannschaft in seinem Sommermärchen auch darstellen mag, aber ein dritter Platz bleibt nicht nur in diesem Spiel auch ein dritter Platz.
Sei der Grund für diesen auch nur *ein* verfehlter Kopfstoß oder *ein* zu früh erfolgter Pass: das einzige was am Ende zählt, ist die Anzahl der Tore. Dass diese entscheidende Tatsache jedoch beileibe nicht alles in diesem Spiel ist, zeigt sich in der Austragung des Spiels. Das Können der Spieler, das Jubilieren, Singen, Schreien und Schimpfen des Publikums, die endlosen Diskussionen der veröffentlichten Meinungen, auf der Straße und zu Hause. Letztlich das Zusammenspiel im Stadion zwischen den Fans und Spielern.
Der berühmt gewordene Kopfstoß Zinédine Zidanes am Ende des Endspiels der Weltmeisterschaft in diesem Jahr, der vielleicht im Langzeitgedächtnis der globalisierten Fangemeinde verbleiben wird, wäre von Günter Gebauer als willkommenes Symbol in seinem Buch über die soziokulturelle Ästhetik des Fußballs aufgenommen worden. Wird ein solch offensichtliches Foul für gewöhnlich als unsportliche Fehlleistung eines Spielers interpretiert, zeigt der Autor, selbst begeisterter Fußballfan, dass auch dieses zum Spiel gehört.
Dem Buch wesentlich ist es, die in diesem Spiel eigentümlichen Zusammenhänge aufzuzeigen. Zusammenhänge, die für gewöhnlich fein säuberlich getrennt werden. Das Buch macht der Leserin und dem Leser deutlich, dass Fußballl viel mehr ist als Sport. Gebauer zeigt, dass sich in diesem alle Schattierungen der modernen Gesellschaft nicht nur erkennen lassen, sondern in dieses Wirken und umgekehrt. Und so wie Sönke Wortmann in seiner exklusiven Kino-Dokumentation mit der Darstellung des Bundestrainers unfreiwillig verdeutlicht, dass neoliberale Kategorien wie Eigenverantwortlichkeit oder Flexibilität auch im Fußball angekommen sind und versagen, so liefert Gebauer zwar nicht die Erklärung solcher Entwicklungen, doch zeigt er durch seine unter anderem gesellschaftshistorischen Betrachtungen, dass politische Verfassungen und die florierenden Diskurse, in diesem Fall im Fußball, nicht zu trennen sind.
Doch ist dies nicht alles: das Buch vermittelt mehr als gesellschaftspolitische Zusammenhänge. Gebauer schreibt über die männliche Dominanz, über die Erotik die in jeder Austragung wirkt, über die Symbolik durch die ein jedes Spiel getragen wird, über die Frauen, die sich für dieses genuin männliche Spiel begeistern, über Hooligans und nicht zuletzt über den eigenen Zugang zu diesem Spiel. Dieser wurde glücklicherweise mehr soziologisch als autobiographisch und macht die Lektüre dieses Kapitels spannend.
Verdeutlicht nun spätestens die Literaturliste zu diesem Werk sehr schnell, dass der Verfasser Philosoph von Beruf ist, so ist bei der Leserin und beim Leser kein entsprechender Hintergrund von Nöten, um beim lesen Spaß zu haben. Nur dem Spiel sollte sie oder er irgendetwas abgewinnen können. ‹›

Poetik des Fußballs Gunter Gebauer, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2006, EUR 14,90



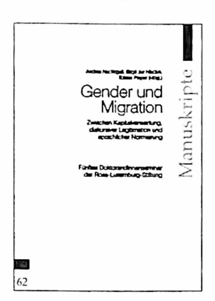
GENDER UND MIGRATION

ANDREAS NOWAK, ZAG

Der Sammelband ist ein kurzer vielfältiger Überblick über die Forschungsarbeiten von sieben DoktorandInnen zum Bereich Gender und Migration. Sie arbeiten zwischen verschiedenen Disziplinen auf Grundlage unterschiedlicher Theorieansätze die Problematiken dieses Feldes heraus. Dass hierbei immer wieder die verschiedenen theoretischen Ansätze ausführlich dargestellt werden, stört wenig, ist vielmehr erfrischend abwechslungsreich, da sie zugleich zeigen auf welch unterschiedliche Arten das Thema angegangen werden kann. Neben Betrachtungen der neueren deutschen Literatur auch von MigrantInnen, die das neue Europaverständnis hier zu Lande durchkreuzenden Sichtweisen aus Lateinamerika oder die geschlechtlich normierenden Sprachregelungen in Frankreich, sind auch sozialwissenschaftliche Analysen zu Ausreisezentren, »Kopftuchstreit« und veränderten ökonomischen Bedingungen der Migration und Nationenverständnis

vertreten. Es gibt also Bewegung und das nicht nur im praktisch-politischen Bereich, sondern auch in den hehren Hallen der Theoretischen Arbeit. ‹›

Gender und Migration. *Zwischen Kapitalverwertung, diskursiver Legitimation und sprachlicher Normierung.* Birgit zur Nieden, Andrea Nachtigall, Tobias Pieper (Herausgeber), Fünftes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2006, Internet: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte_62.pdf



ISRAEL UND ISRAELKRITIK

TOBIAS FASSMEYER, ZAG

Die Zahl der Debatten in Deutschland über die Titelbegriffe des *Tel Aviver Jahrbuchs 2005 der deutschen Geschichte* sind zahlreich. Die letzten größeren Kreise zog im bundesrepublikanischen bürgerlichen Lager die unsägliche Walserdebatte, die – wie auch die entsprechenden Debatten davor, beispielsweise der Historikerstreit oder die Goldhagendebatte – dem deutschen Nationalismus nach der Wiedervereinigung einen geschichtlichen Koloss verdaubar und integrierbar machen sollte.
Die bundesrepublikanische Linke wiederum verdankt den »Antideutschen« die längst überfällige intensive Auseinandersetzung um Antisemitismus, gegen den sich ein großer Teil immer immun sah, weil er sich schlicht nie damit beschäftigte. Bei jeder Debatte wurde und wird gerne und in breiter Front Antisemitismus beim Diskussionsgegner festgestellt. Und zumindest im linken Spektrum setzt auch sofort die Verwahrung gegen diesen Vorwurf ein – denn es handelt sich in der Eigenwahrnehmung der so Bezeichneten stets um legitime Israelkritik oder Antizionismus.
Die rhetorischen Kunststücke in diesen Vorwurfs- und Rechtfertigungsdiskursen sind oft bizarr und beispielhaft dafür, wie wenig das Wesentliche des Antisemitismus verstanden wurde und wird.
Das Jahrbuch des Minerva Instituts der Universität Tel Aviv ist eine außergewöhnliche Sammlung von Beiträgen, die die verschiedenen Vorwürfe und Konfliktlinien analysieren und auf ihren antisemitischen Gehalt abklopfen. Die Wahrnehmung des Nahostkonflikts im bundesrepublikanischen Linksradikalismus und der militanten Linken werden ebenso betrachtet wie der Antisemitismus in der arabischen Welt.
Die Auswahl der Beiträge liefert zu den diversen Diskussionsebenen um Antisemitismus und die antisemitischen Hintergründe bestimmter Haltungen und Positionen qualifizierte Analysen, die nicht der aktuellen Polemik und Sektiererei antideutscher Provenienz entsprechen. Zu deren als »konservativ und affirmativ« analysierten Grundlagen schreibt Gerhard Hanloser in seinem Beitrag *Bundesrepublikanischer Linksradikalismus und Israel* eine vernichtende Analyse, die die pseudolinke Haltung der neuesten »Szene«-Mode charakterisiert: »Aufgrund dieses radikalen Habitus allein gelingt es den Antideutschen auch, sich als Antibürger zu gerieren, obwohl sie in der Tat nichts anderes vertreten als eine aggressive Politik, die eine idealistisch gesetzte »Bürgerlichkeit« mit Bomben und Kanonen verteidigen will.« (Seite 208f)
Der Nationalsozialismus, der sich wegen des Vernichtungsantisemitismus vom Faschismus hervorhebt, dient als Plattform des neuen Wir-Gefühls. Die Goldhagendebatte führte bei Teilen der Linken zur Akzeptanz von Kollektivzuschreibungen. Sie bot in der inhaltlichen Umkehrung die Grundlage für einen neuen Nationalismus, »so benutzte Goldhagen einen Diskurs des ›Ihr Deutsche‹, der von Teilen der deutschen Öffentlichkeit und den linken Antideutschen gleichermaßen zum kathartischen ›Wir Deutsche‹-Diskurs verkehrt wird.« (Seite 206f). Dieser »Wir Deutsche«-Diskurs liefert das schöne Trugbild »sich selbst als mutiger Nonkonformist vor(zu)kommen, ohne auf das Gefühl nationaler Geborgenheit verzichten zu müssen« (Seite 207), wie Detlev Claussen zur Goldhagendebatte hier zitiert wird.
Das Fatale des antideutschen Diskurses ist der Verlust jedes emanzipativen Gedankens und das reduzierte Faschismusverständnis. »Nicht mehr die Kritik der prekären bürgerlichen Existenz im Kapitalismus, die allerhand autoritäre Lösungen hervorbringen könnte, (...) sondern die Annahme, dass nur gelungene Bürgerlichkeit vor dem antisemitischen Ressentiment schütze« (Seite 208), ist Kern der Ideologie.
Die vereinzelt auch englisch verfassten Beiträge innerhalb des Buches gehen fundiert auf verschiedene Aspekte antisemitischer Tendenzen und Haltungen ein und spannen einen weiten Bogen von grundsätzlichen Überlegungen bis zu aktuellen Analysen mit Schwerpunkt im europäischen Raum. Das Jahrbuch ist besonders empfehlenswert auf Grund der zunehmenden diskursorischen Banalisierung der Faschismus- und Antisemitismusdiskussion in den letzten Jahren innerhalb der Linken. ‹›

Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII.* Minerva Institut für deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, Wallstein Verlag, Göttingen 2005, EUR 44,00



BACKLIST

2005 NUMMER 48 Die Türkei in Europa **47** Produktionen des Westens, Gemeinschaftsausgabe mit *Kleine Anfrage* **46** Lechts und Rinks **2004 45** Migration von Frauen *vergriffen* **44** Migrationsmanagement *vergriffen* **2003 43** Antiziganismus **42** 911 Turbo **2002 41** Monster AG **40** Blitzkulturen **2001 39** Antisemitismus *vergriffen* **38** Abschiebeknäste **2000 36/37** Zimmer ohne Aussicht **35** Schengenland **34** Islambilder **1999 33** Konzepte antirassistischer Arbeit **32** Bilder-ZAG **31** Gesundheit als Privileg **30** Das Ende der Tabus **1998 29** Sport und Rassismus **28** Innere Sicherheit light, Alternative Sicherheitskonzepte **27** Antirassistische Jugendarbeit **26** MigrantInnen **1997 25** Arbeit mit Illegalisierten, Wege aus der Illegalität **24** Globale Migrationskontrolle **23** Mobilität **22** City 2000 **1996 21** Balkan, Krieg und Flucht **20** Ökologie **19** Einwanderungspolitik **18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinschaftsausgabe mit *Arranca!, vergriffen* **1995 17** Alltag, Kultur, Rassismus **16** Europa **15** Illegalisierung *vergriffen* **14** Deutscher Antirassismus? Gemeinschaftsausgabe mit *Off Limits* **1994 13** Polizei und Justiz **12** Rassismus, Soziale Frage **11** Innere Sicherheit **10** Rassismus und Bildung **1993 09** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *vergriffen* **08** Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen* **07** Rassismus und Bildung *vergriffen* **06** Gleiche Rechte für alle/Lagerkampagne *vergriffen* **1992 05** Roma, Rostock *vergriffen* **04** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda *vergriffen* **03** Wer schweigt, stimmt zu **02** Greift ein! Schaut nicht weg **1991 01** Rassismus tötet *vergriffen*

DIE ZAG IM ABONNEMENT www.zag-berlin.de **oder** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin **Vier Ausgaben** kosten EUR 14,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 20,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden! Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT EURO 3,5
NUMMER 48 FRÜHJAHR 2006
DIE TÜRKEI IN EUROPA
ZAG



Bestellpostkarte

ZAG
c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2a
D–10961 Berlin

Ich abonniere die ZAG und erhalte vier Ausgaben zum Preis von EUR 14,00.
Das Auslandsabo zu EUR 20,00
Das Förderabo in Höhe von EUR

Nach Erhalt einer Rechnung überweise ich auf das Konto:
Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 20 500
Stichwort ZAG
Kontonummer 3039601

Name, Adresse

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Antirassistische Initiative e.V. **DIE ZAG** ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder. **REDAKTIONSANSCHRIFT** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin **Telefon** 7 85 72 81 **Fax** 6 91 30 05 **E-Mail** redaktion@zag-berlin.de **Internet** www.zag-berlin.de **BANKVERBINDUNG** ZAG Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 20 500, ZAG-Kontonummer 3 039 601, ARI-Kontonummer 3 039 600 **GRAFISCHE GESAMTGESTALTUNG** Brigade Neuroth **DRUCK** Bodoni Museum zu Berlin **GEWERBLICHE ANZEIGEN** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2001. **V.I.S.D.P.** dieser Ausgabe Brigitte Lötsch **ABBILDUNGEN Titelseite** FARC, Kolumbien **Seite 10** Angehörige der indischen Adivasi **Seite 16** Charu Mazumdar, ehemaliger Vorsitzender der CPI (ML) **Seite 23** Streitkräfte der GAM, Aceh, Indonesien **Seite 26** Demonstration der SOC Andalúcia, Spanien **Rückseite** Mao Zedong